Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde

Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel

Band: 109 (2009)

Artikel: Adolf Butenandt für Basel? Geschichte einer gescheiterten Berufung, 1946-1949

Autor: Simon, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-391647

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Adolf Butenandt für Basel? Geschichte einer gescheiterten Berufung, 1946–1949

von Christian Simon

Einleitung

Adolf Butenandt (1903–1995) war spätestens nach seiner Nominierung für den Nobelpreis 1939 einer der bekanntesten deutschen Biochemiker.[1] Dass es nach 1945 für vom Kriege verschonte Universitäten verlockend erschien, ihn aus den Trümmern Deutschlands wegzuberufen, um von seinem Wissen und Können zu profitieren, erscheint naheliegend. Regierungsrat Carl Miville (1891–1981), der von 1941 bis 1950 dem Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt vorstand,[2] war offensichtlich diesem Gedanken zugänglich und wollte Butenandt nach Basel berufen. Da die Universitätsautonomie nicht voll ausgebildet war, war die Position der Regierung bei Berufungen entscheidend.

Die Medizinische Fakultät hatte Adolf Butenandt, den damals in Tübingen arbeitenden Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie, als den überragenden internationalen Spezialisten des Fachgebiets genannt, der für den seit 1946 verwaisten Lehrstuhl für physiologische Chemie – jedenfalls in rein wissenschaftlicher

1 Adolf Butenandt wurde 1936 Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin-Dahlem (verbunden mit einer Professur an der Universität Berlin). 1944 verlegte er seine Tätigkeit nach Tübingen, 1956 wechselte er nach München. 1960–1972 präsidierte er die Max-Planck-Gesellschaft. Seine Forschungen über Sexualhormone trugen ihm zusammen mit Leopold Ružička 1939 den von ihm auf Geheiss des Regimes abgelehnten, 1947 nachbezogenen Nobelpreis ein. Vgl. www.nobelprize.org/chemistry/laureates/1939/butenandt-bio.html; Carsten Reinhardt u.a.: Adolf Butenandt im Gespräch, in: Peter Friess, Peter M. Steiner (Hg.): Forschung und Technik in Deutschland nach 1945, München 1995. S. 187–196. Wolfgang Schieder/Achim Trunk (Hg.): Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im ‹Dritten Reich›, Göttingen 2004. – Zum Umfeld vgl. Ute Deichmann: Chemists and biochemists during the National Socialist era, in: Angewandte Chemie, International Edition 41 (2002), S. 1310–1328. – Zu Ružička siehe Gerhard Oberkofler: Leopold Ružička (1887–1976), Schweizer Chemiker und Humanist aus Altösterreich, Innsbruck u.a. 2001.

2 Carl Miville-Jauz, promovierter Jurist, Sozialdemokrat, war 1932–1941 Strafgerichtspräsident, 1920–1941 Mitglied des Grossen Rates, 1941–1950 Regierungsrat und 1943–1951 Nationalrat. 1944 verliess er die Sozialdemokratische Partei und trat der Partei der Arbeit bei, aus der er 1949 wegen Kritik an der Abhängigkeit von der UdSSR ausgeschlossen wurde. Vgl. Gregor Spuhler: Art. Miville, Carl, in: Historisches Lexikon der Schweiz, elektronische Publikation; Frieda Miville-Jauz u.a. (Hg.): Zur Erinnerung an Dr. iur. Carl Miville-Jauz, Regierungsrat und Nationalrat, Basel o.J. (Privatdruck). Siehe Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS), Sammlung BIO: Dossier Carl Miville.

Hinsicht – in Frage käme. In Unterredungen mit Butenandt und beim Hospitieren in einem Vortrag, den Butenandt in Basel hielt, überzeugte sich Regierungsrat Miville persönlich von der Qualität des Kandidaten. Durch Erkundigungen, die er in Deutschland einzog, vergewisserte er sich, dass die «Belastung» des Kandidaten durch sein Verhältnis zum NS-Regime bis 1945 vernachlässigbar sei. So erging gegen die Opposition des Grossen Rates und des Erziehungsrats 1948 tatsächlich ein Ruf an Butenandt, und dieser liess sich auf Verhandlungen ein. In diese wurden auch die Firmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Basel einbezogen, von denen die Regierung einen Teil der Ausstattungskosten für Butenandt erhoffte.

Den Verhandlungen setzte nach einer Weile Butenandt mit der Erklärung ein Ende, deutsche Stellen seien ihm so weit entgegengekommen, dass er einen Weggang von Deutschland nicht verantworten könne. Dieses Entgegenkommen beruhte unter anderem auf der Grosszügigkeit der Industrie, d.h. der Firmen Schering, Bayer und der deutschen Tochterfirma des Basler Unternehmens F. Hoffmann-La Roche AG, welche die Unterstützung für Butenandt im Auftrag und auf Initiative der Basler Firmenleitung gewährte.

Das gescheiterte Berufungsverfahren erlaubt Einblicke in das Funktionieren des Dreiecks Staat–Wissenschaft–Industrie innerhalb der kleinräumigen Basler Verhältnisse sowie in den Stellenwert politischer Überlegungen in der kantonalen Hochschulpolitik.[3] Im Folgenden werden wir den Verlauf des Ereignisses rekonstruieren und die Bündnismöglichkeiten und Frontstellungen, die sich teils systematisch erklären lassen, teils kontingent waren, im Zusammenhang diskutieren. Das Funktionieren des Dreiecks war an sich eine Notwendigkeit, da die Ressourcen des kleinen Stadtstaates Basel für den Unterhalt einer wissenschaftlich hochstehenden, auch den Ansprüchen der chemisch-pharmazeutischen Basler Industrie genügenden Universität, für welche Forschungskooperationen von grossem Interesse waren, nicht ausreichten. Für das Funktionieren des Dreiecks und damit für das Gedeihen der Naturwissenschaften und der forschenden Medizin an der Universität wesentlich war eine Interessenkongruenz zwischen Staat und Industrie, wobei letztere

3 Wir spielen hier auf die Metapher der «Triple Helix» an. Vgl. Henry Etzkowitz/Loet Leydesdorff: The Endless Transition: A «Triple Helix» of University–Industry–Government Relations, in: Minerva 36 (1998), S. 203–208. Da in den hier konsultierten Basler Dokumenten keine ausformulierte Innovationspolitik zu finden ist, bezeichnen wir die Relation bescheidener als «Dreiecksverhältnis» oder «Dreieck».

sowohl als Gruppe, repräsentiert durch den Interessenverband der Farbenfabriken («Basler I.G.» genannt, im Falle von gemeinsamen Pharmainteressen jeweils ad hoc erweitert um die F. Hoffmann-La Roche AG), als auch einzeln in Erscheinung trat. Von allen Seiten angestrebt wurden informelle Regelungen der Beziehungen im Dreieck durch Maximen wie z.B., dass der Staat die Bauten errichten solle, während die Industrie an Einrichtungs-, Betriebs- und Salärkosten Beiträge leistete. Aktive Vermittler waren Angehörige der Kantonsregierung, aber auch mit dem Industriekapital verbundene Mitglieder der Aufsichtsbehörde der Universität, der Kuratel sowie einzelne Professoren. Die Mitglieder der Regierung gingen weitgehend unabhängig von der Parteizugehörigkeit davon aus, dass der Stadtstaat durch eine Synergie zwischen Industrie und Universität nur gewinnen könne. Im Parlament, in der Öffentlichkeit und teilweise auch in der Presse waren allerdings abweichende Meinungen und andere Prioritätensetzungen zu vernehmen.

Die Opposition wandte sich aber nicht einfach gegen «die Industrie», sondern hatte gelegentlich eine eigene Auffassung davon, was zur Erhaltung eines funktionierenden Dreiecks am besten beitrüge. Die Regierung selbst konnte ihrerseits von den unmittelbaren Interessen der Industrie abweichende Positionen beziehen – so hatte sich die Regierung mit Unterstützung der konservativen Öffentlichkeit und deren Presse kurz vor Kriegsende in sozialpolitischen Fragen schon einmal gegen die Industrie gestellt, um einen Arbeitskonflikt zu begrenzen.[4] Auf der Ebene des Grossen Rates kamen Angriffe gegen die Industrie vor, etwa aus dem Verdacht heraus, diese könnte sich unter Missachtung des Allgemeinwohls bereichern. Wir werden in diesem Zusammenhang das politisierte Thema der Ernährung von Armee und Bevölkerung sowie die Rolle der von Hoffmann-La Roche hergestellten synthetischen Vitamine streifen. Während in der politischen Öffentlichkeit die Belastung deutscher Wissenschaftler durch ihre Vergangenheit in der NS-Diktatur grosse Aufmerksamkeit erregte,[5] setzte sich im hier untersuchten Fall die Regierung über solche Bedenken hinweg – einerseits weil sie glaubte, sich hinreichend kundig gemacht zu haben, um den Belastungsvorwurf

4 Christian Simon: Arbeiterkommission und Gesamtarbeitsvertrag in der chemischen Industrie. Aspekte der industriellen Beziehungen in Basel während des Zweiten Weltkrieges, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 78 (1991), S. 39–80.

5 Interessante Einblicke in die politische Geschichte der Universität für die Zeit zwischen 1933 und 1939 gibt Josef Zwicker: Zur Universitätsgeschichte in den 1930er Jahren, in: Dorothee Huber u.a.: 50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel, Vorträge gehalten am 10. Juni 1989, Basel 1991, S. 10–19.

als parteipolitische Rhetorik abtun zu dürfen, andererseits, weil sie die Chancen, das erwähnte Dreieck zu stärken, höher gewichtete als die Kritik durch die politische Linke, der die meisten Gegner einer Berufung Butenandts angehörten.

Erste Anläufe zur Besetzung des Lehrstuhls

Basel hatte 1885 in der Medizinischen Fakultät einen Lehrstuhl für physiologische Chemie eingerichtet, dessen erster Inhaber Gustav von Bunge (1844–1920) wurde. Ihm folgte von 1921 bis 1932 Karl Spiro (1867–1932), für den 1921 ein eigenes Institut, die «Physiologisch-chemische Anstalt», geschaffen wurde.[6] Als Nachfolger wurde der Österreicher Siegfried Edlbacher (geboren 1886) 1932 von Heidelberg nach Basel berufen und 1937 zum Ordinarius erhoben.[7] Am 5. Juni 1946 schied Edlbacher aus dem Leben. Die Suche nach seinem Nachfolger ist das Thema der folgenden Ausführungen.[8]

Das Universitätsinstitut war seit 1931 mit dem Schweizerischen Vitamin-Institut verbunden. Da dieses unter anderem den Vitamingehalt künstlich vitaminisierter Produkte zertifizierte, kam nach damaligen Begriffen an sich nur ein Schweizer als Vorsteher dieses nationalen Instituts in Frage. Auch der Erziehungsrat bevorzugte Schweizer Bewerber, aber mit dem Argument, man müsse schweizerischen Nachwuchs berücksichtigen. Die Kuratel hingegen verlangte, dass die Fakultät auch Ausländer in Betracht ziehe.[9] Zu Beginn des Berufungsverfahrens einigte sich die Fakultät mit der Kuratel auf einen Kandidaten, den sie der Regierung *unico loco* vorschlug: Franz Leuthardt (1903–1985), der damals in Genf lehrte und bereits für einen Lehrstuhl an der Universität Zürich im Gespräch war.[10] Das

6 Andreas Staehelin (Hg.): Professoren der Universität Basel, Bildnisse und Würdigungen, Basel 1960, S. 310f.

7 Edgar Bonjour: Die Universität Basel von den Anfängen bis zur Gegenwart 1460–1960, Basel 1960, S. 623.

8 Basler Nachrichten, 6. Juni 1946. – Bonjour (wie Anm. 7) hätte die hier analysierten Vorgänge auf S. 623 behandeln müssen. Da er aber den Tod Siegfried Edlbachers fälschlich auf 1949 datiert, ergibt sich in seiner Darstellung ein problemloser Übergang von Edlbacher zu Karl Bernhard.

9 StABS, Universitätsarchiv Q 2: Protokolle der Medizinischen Fakultät (im Folgenden zit. als Protokoll Fakultät), 8. Juli 1946; ebd., Protokolle S 4: 28 Protokolle Erziehungsrat 1944–1947 (im Folgenden zit. als Protokoll Erziehungsrat), 19. Mai 1947, Votum des Präsidenten.

10 Der 1946 noch erschwerte Briefverkehr mit dem Ausland trug dazu bei, dass dieser Wunsch der Kuratel den Ruf an Leuthardt bis gegen Ende des Jahres 1946 verzögerte. StABS, Protokolle T 2: 15–20: Protokolle der Kuratel der Universität 1944–1949 (im

Bemühen war aussichtslos. Leuthardt entschied sich im Dezember 1946 für Zürich, wo ihn die Fakultät ebenso dringend zu gewinnen suchte und rascher als Basel gehandelt hatte.[11]

Nach diesem Fehlschlag mit einer schweizerischen Kandidatur richtete sich die Suche auf internationale Koryphäen des Faches. Sehr wahrscheinlich spielten einige Fakultätsangehörige in Basel zunächst mit dem Gedanken, Emil Abderhalden (1877–1950)[12] nach Basel zu holen.

Abderhalden hatte nach dem Medizinstudium und Promotion 1902 in Basel in Deutschland Karriere gemacht. Von 1911 bis zum Kriegsende hatte er in Halle gewirkt. Im Juni 1945 kehrte er zusammen mit seinem Sohn Rudolf (1910–1965) in die Schweiz zurück. Sein Sohn erhielt zwar im pharmakologischen Labor der Universität Basel bei Tadeus Reichstein eine Arbeitsmöglichkeit, bemühte sich aber seit Frühjahr 1946 vergeblich, von der Basler medizinischen Fakultät eine Umhabilitierung (er war in Halle 1939/40 Privatdozent geworden) zu erlangen.[13] Erst 1949, nach Abschluss der Wiederbesetzung des physiologisch-chemischen Lehrstuhls, die wir hier untersuchen, gestand die Fakultät die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung seines Gesuchs zu. Als früherem NSDAP-Mitglied blieb ihm in der Schweiz aber eine Universitätskarriere verwehrt. Rudolf Abderhalden arbeitete dann in der Industrie und führte später ein privates diagnostisches Labor.[14]

Emil Abderhalden lehrte zunächst vom Herbst 1945 bis zum Herbst 1947 in Zürich.[15] Dort vertrat er den Lehrstuhl für physiologische Chemie, der vakant geworden war, weil die Zürcher

Folgenden zit. als Protokoll Kuratel), 3. Dezember 1946; Protokoll Fakultät, 6. Dezember 1946.

11 Franz Leuthardt, Sohn eines bekannten Liestaler Paläontologen, Promotion bei Karl Spiro 1927, Schüler von Spiro und Edlbacher. Leuthardt erhielt den Ruf nach Zürich auf Beschluss des Regierungsrates vom 12. Dezember 1946. Vgl. Universitätsarchiv Zürich, Bestand AB 1.0595: Leuthardt, Franz (1903–1985) Med./OP Nr. 77. Zur Absage Leuthardts in Basel Protokoll Fakultät, 16. Dezember 1946, 13. Januar 1947. – Der offizielle Amtsantritt an der Universität Zürich erfolgte auf den 1.9.1947; Archiv der Universität Zürich, Bestand AB, 1.0001: Abderhalden, Emil (1877–1950), Med./OP Nr. 75, Auszug Protokoll Regierungsrat Zürich, 6. November 1947.

12 Werner Sackmann: Ein Beitrag zur Biographie, insbesondere der letzten Lebensjahre, von Emil Abderhalden (1877–1950), in: Gesnerus 1/2 (1981), S. 215–224. Vgl. www.catalogus-professorum-halensis.de zu Vater und Sohn Abderhalden. Deichmann (wie Anm. 1), S. 1320, mit weiterer Literatur.

13 Protokoll Fakultät, 4. März 1946. Zu Reichstein siehe unten, Anm. 33.

14 Zu Rudolf Abderhalden siehe Protokoll Fakultät, 12. Dezember 1949.

15 Universitätsarchiv Zürich, Bestand AB, 1.0001: Abderhalden, Emil (1877–1950), Med./OP Nr. 75.

Regierung den deutschen Lehrstuhlinhaber Bonifaz Flaschenträger (1894–1957) wegen Mitgliedschaft in der NSDAP nach Kriegsende des Landes verwiesen hatte.[16] Abderhalden fiel in Zürich dadurch auf, dass er sich, obschon selbst in einer prekären materiellen Lage, zum Ziel setzte, jüngere Kollegen aus dem kriegsgeschädigten Deutschland in die Schweiz zu holen – darunter Adolf Butenandt.[17]

Der Basler Physiologieprofessor Fritz Verzár (1886–1979)[18] organisierte für Abderhalden während der Vakanz des physiologisch-chemischen Lehrstuhls im Sommer 1947 eine Serie von Gastvorträgen in Basel. Diese verliefen zwar reibungslos, zeigten aber, wie später im Erziehungsrat verlautete, dass Abderhalden an der Basler Universität eine «eisige Atmosphäre» entgegenschlug[19] – vermutlich ein Hinweis darauf, dass er durch seine Tätigkeit im Deutschen Reich bis 1945 vielen als belastet galt. Abderhalden war zwar kein Nationalsozialist, aber ein Anhänger der «Rassenhygiene» und verantwortlich für die Entlassung jüdischer Mitarbeiter in Halle, von denen sechs in Konzentrationslagern umkamen. Abderhalden galt als «germanophil»,[20] weshalb er nicht in den von der «geistigen Landesverteidigung» geprägten schweizerischen Konsens nach 1945 passte. Sympathien besass er hingegen in Basler Kreisen, die sich daran erinnerten, dass er zu den Gründern des Fussballclubs Basel (FCB, gegründet 1893) gehörte. Diese Kreise dürften auf die Erteilung des Gastlehrauftrags im Sommersemester 1947 hingearbeitet haben. So hatte der FCB zu Ehren des 70. Geburtstags von Abderhalden am 20. Februar 1947 ein Nachtessen im Schützenhaus organisiert, an dem auch die Regierungsräte Fritz Ebi (1889–1961) und Carl Miville teilnahmen.[21] Die Berufung eines Siebzigjährigen als Nachfolger für Edlbacher kam jedoch nicht in Frage.

16 Internationales Biographisches Archiv 21 (1968), vom 13. Mai 1968.

17 Abderhalden versuchte, Butenandt an Stelle von Leuthardt auf den durch die Absetzung von Flaschenträger freiwerdenden Lehrstuhl zu bringen. Universitätsarchiv Zürich, Bestand AB, 1.0001: Abderhalden, Emil (1877–1950), Med./OP Nr. 75.

18 Ivan T. Beck: Reflections on education – machines or mentors. Mentors and mentorship. Education Excellence Lecture 2004, in: Can. J. Gastroenterol. 19 (2005), S. 97–104, Würdigung von Verzár, S. 98.

19 Zu den Gastvorträgen Protokoll Fakultät, 20. Januar 1947 (für Sommersemester 1947): Antrag von Fritz Verzár. Stimmung kurz erwähnt in Protokoll Erziehungsrat, 11. Juli 1949.

20 Zur Germanophilie vgl. Christian Simon: Hektor Ammann – Neutralität, Germanophilie, Geschichte, in: Aram Mattioli (Hg.): Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918–1939, Zürich 1995, S. 29–53.

21 Sackmann (wie Anm. 12), S. 219.

Auch ein weiterer Versuch, eine internationale Grösse für Basel zu gewinnen, scheiterte. Fritz Verzár begab sich zusammen mit dem Präsidenten der Sachverständigenkommission der Kuratel, Adolf Vischer (1884–1974),[22] im Januar 1947 nach Arosa. Dort trafen sie Albert Szent-Györgyi (1893–1986), den Vitamin C-Spezialisten und Nobelpreisträger von 1937. Szent-Györgyi hatte seit 1930 in Szeged gearbeitet und konnte 1945 nach Budapest wechseln, wollte aber nicht in Ungarn bleiben. Der Kontakt in Arosa führte zu keinem Erfolg. 1947 verliess Szent-Györgyi Ungarn in Richtung der USA.[23]

Der Fall Zeller – verhinderte Hausberufung und Politisierung einer Kandidatur

Neben Franz Leuthardt gab es 1946 zwei Schweizer Kandidaten, die beide wissenschaftliches Gewicht und Amerika-Erfahrung besassen, Karl Bernhard und Ernst Albert «Albi» Zeller (1907–1987). Auf Bernhard kommen wir später zurück. Mit der Hoffnung der Fakultät, Leuthardt zu gewinnen, verband sich offensichtlich das Bestreben, den Basler Forscher Zeller, der bereits 1938 eine Enzymreaktion (Monoaminoxydase) aufgeklärt hatte, die für die spätere Entwicklung von Psychopharmaka grundlegend wurde, von vornherein auszuschliessen. Das Verfahren, das wir hier untersuchen, war also zunächst einmal ein «Fall Zeller».

Zeller war ein Schüler und Assistent von Edlbacher gewesen und hatte unter dessen Betreuung zuerst in Medizin, dann in Chemie promoviert. Er repräsentierte ein frühes Beispiel des Biowissenschaftlers, wie ihn die Industrie zunehmend nachfragte, als sie sich intensiver für eine Ausweitung ihrer Tätigkeiten auf biologisch aktive Substanzen interessierte. Während sich die Firmen Sandoz[24] und

22 Dr. med. Adolf L. Vischer-von Bonstetten, Mitglied der Kuratel 1933–1953, Geriater, Arzt am Basler Bürgerspital. Siehe Basler Nachrichten, 31.12.1953; Nationalzeitung, 30.12.1953.

23 Protokoll Kuratel, 27. Januar 1947; http://nobelprize.org/medicine/laureates/1937/szent-gyorgyi-bio.html. Auch die Universität Zürich zog Szent-Györgyi in Betracht – als Nachfolger von Abderhalden für die Stelle, die schliesslich Leuthardt erhielt; vgl. Universitätsarchiv Zürich, Dekanatsakten Bestand ALC «Physiologische Chemie», Mappe 3 Physiologische Chemie, Nachfolge Abderhalden 1946: Gutachten der medizinischen Fakultät in Sachen Neubesetzung des Lehrstuhls für physiologische Chemie an der Universität Zürich, 21. November 1946, Rektorat an Erziehungsdirektion des Kantons Zürich.

24 Nicole Schaad: Von der Imitation zur Innovation. Der Aufbau der pharmazeutischen Abteilung in der Basler Chemiefirma Sandoz, 1918–1928, in: Hans-Jörg Gilomen u.a. (Hg.): Innovationen – Innovations, Voraussetzungen und Folgen – Antriebskräfte und Widerstände, Zürich 2001, S. 149–169; Hans Fritz: Industrielle Arzneimittelherstellung. Die pharmazeutische Industrie in Basel am Beispiel der Sandoz AG, Stuttgart 1992.

Ciba[25] schon länger der Naturstoffchemie verschrieben hatten – die rein pharmazeutische Firma Hoffmann-La Roche war ohnehin an Naturstoffchemie interessiert[26] –, beschloss Geigy erst um 1930 unter dem Forschungsleiter Paul Läuger (1898–1959), in das Feld der bioaktiven Stoffe vorzustossen.[27] In diesem Zusammenhang beteiligte sich Geigy in den frühen 1940er Jahren zusammen mit der Lebensmittel-Holding Alimentana AG auch an der Gründung eines F&E-Unternehmens «Aligena», in welches Zeller dann eintrat.[28] Zeller blieb allerdings zunächst der universitären Forschung treu, die ihm schon in den 1930er Jahren internationale Aufmerksamkeit einzutragen begann.[29] Daneben betrieb er angewandte Vitaminforschung am Schweizerischen Vitamin-Institut.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verstärkte die Position Zellers gegenüber seinem Lehrer und Vorgesetzten Edlbacher bedeutend. Zeller wurde als Sanitätshauptmann für die Beratung der Militärküchenzettel eingesetzt. Hier machte er sich dadurch einen Namen, dass er eine ausgewogene Ernährung unter Verwendung von Frischprodukten propagierte. Unter Leitung des Lausanner Physiologieprofessors Alfred Fleisch (1893–1973) wurde eine «Eidgenössische Kommission für Kriegsernährung» zusammengestellt, die den Bund in ernährungspolitischen Fragen zu beraten hatte. Edlbacher, obschon Leiter des Vitamin-Instituts, konnte in diese Kommission nicht berufen werden, weil er deutscher (bis zum «Anschluss» 1938:

25 Ciba (Hg.): Herkunft und Gestalt der Industriellen Chemie in Basel, aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens als Aktiengesellschaft (Text von Georg Leo Huber und Karl Menzi), Olten 1959, S. 155ff.

26 Hans Conrad Peyer: Roche. Geschichte eines Unternehmens 1896–1996, Basel 1996, insbes. S. 129–176.

27 Andrea Rosenbusch: Das Ende des ‹frisch-fröhlichen Erfindens›: Die Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur in der J. R. Geigy A.G. 1923–1939, in: Thomas Busset u.a. (Hg.): Chemie in der Schweiz: Geschichte der Forschung und der Industrie, Basel 1997, S. 164–178.

28 Christian Simon: Belohnte Industrieforschung. Der Nobelpreis für Physiologie/Medizin 1948, in: Mitteilungen der Fachgruppe Geschichte der Chemie der Gesellschaft Deutscher Chemiker 16 (2002), S. 134–150.

29 1937 wurde «Adrenalinoxidase» entdeckt; dieses Enzym benannte Zeller 1938 in Monoaminoxidase (MAO) um und setzte sich damit international durch. Siehe The history of monoamine oxidase research, in: www.macalester.edu/~psych/whathap/UBNRP/MAO/history.html. Die antidepressive Wirkung der Hemmung von MAO entdeckte Zeller 1952 beim Studium der Effekte von Iproniazid (Marsilid® Roche), vgl. Alfred Pletscher: The discovery of antidepressants. A winding path, in: Experientia 47 (1991), S. 4–8; Francisco López-Muñoz u.a.: La ‹década de oro› de la psicofarmacología (1950–1960). Transcendencia histórica de la introducción clínica de los psicofarmacos clásicos, in: 1er Congreso virtual de psiquiatría, www.psiquiatria.com/congreso/mesas/mesa34/conferencias/34_ci_c.htm.

österreichischer) Staatsbürger war, also trat Zeller an dessen Stelle in die Kommission ein. In der Öffentlichkeit wurde sein Wirken als Ablehnung der künstlichen Vitaminisierung der Nahrung aufgefasst. Zeller habe durchgesetzt, dass die Vitaminpräparate von Hoffmann-La Roche nur dort zum Einsatz kämen, wo akute Mangelsituationen beständen, nicht aber als Routine. Sein Name stand somit für eine von Industrieinteressen unabhängige Vitaminforschung im Dienste der Volksgesundheit.[30]

In der Firma F. Hoffmann-La Roche AG wurde damals ininterner Debatte wiederholt betont, dass eine öffentliche, von der Industrie nicht direkt kontrollierbare Betätigung unabhängiger Persönlichkeiten wie Zeller unerwünscht sei. 1943 machte Zeller einen Vorschlag für ein Schweizerisches Ernährungswissenschaftliches Institut. Dr. Markus Guggenheim, der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Firma (1885–1970), hielt Zellers Plan an sich für keine schlechte Sache, doch dürfe es nicht zu einer «von fanatischen Tendenzen geleiteten Amtsstelle» werden, die sich «trotz aller Zusicherungen nach allen Seiten diktatorisch und unerfreulich auswirken würde». Dr. Georg E. Veiel, der 1938 nach Basel gekommene Direktor von Roche Berlin (1891–1974), ergänzte, Unabhängigkeit sei wichtig, deshalb sollten in der Theorie keine privaten Spender vorgesehen werden. In der Praxis wäre Hoffmann-La Roche aber interessiert, «einen Einfluss auszuüben». Direkt sei das unmöglich, deshalb werde man den künftigen Leiter indirekt beeinflussen müssen. Das Exposé von Zeller sei «sichtbar egozentral gefasst», es ergäben sich daraus Zweifel, ob bei Zeller eine solche Beeinflussung möglich wäre. Einen neuen Vorschlag für ein Schweizerisches Ernährungsinstitut machte 1944 der damals am Hygiene-Institut der Universität Zürich tätige Georges Viollier (ca. 1913–1964), worauf Guggenheim antwortete, die einzelnen Hochschulen sollten ernährungswissenschaftliche Studien betreiben und der Bund diese fördern. Das Projekt eines Vitamininstituts in Lausanne von Prof. André Girardet (1904–1987), einem ehemaligen Mitarbeiter der Firma, der seit 1935 an der Ecole de Pharmacie in Lausanne dozierte, war Hoffmann-La Roche hingegen willkommen. Die Planungen dafür begannen 1943; es wurde allerdings schon 1951 liquidiert.[31]

30 Zur Kontroverse um die Verwendung von Vitamin C in der Armee vgl. Beat Bächi: Vitamin C für alle! Pharmazeutische Produktion, Vermarktung und Gesundheitspolitik (1933–1953), Zürich 2009, S. 159–171, 201–204.

31 Historisches Archiv Roche (HAR), PO.6-102674, Spenden, Subventionen: Vitamininstitut Lausanne. Dr. [Markus] Guggenheim an Dr. [Rudolf K.] Vetter, Notiz, 10. Februar 1943.

Parallel zu diesen Vorgängen entstand ein tiefes Zerwürfnis zwischen Zeller und Edlbacher. Zeller musste die physiologisch-chemische Anstalt verlassen und fand von 1941 bis 1943 eine Arbeitsmöglichkeit in der pharmazeutischen Chemie[32] unter dem 1938 von der ETH Zürich nach Basel berufenen Tadeus Reichstein (1897–1996).[33] Nach einem Zwischenspiel bei Aligena (ab 1943) und nach der gescheiterten Bewerbung auf die Nachfolge Edlbachers, von der wir nun gleich berichten werden, fand er eine Forschungsposition in den USA.

Der Tod Edlbachers sowie die Regelung zur Aufrechterhaltung des Betriebs der universitären «Anstalt» und des Vitamin-Instituts fielen in eine Zeit, da Zeller in den USA weilte. Edlbacher soll noch selbst bestimmt haben, dass mit Oswald Wiss[34] einer seiner Assistenten sowohl den Lehrbetrieb weiterführen als auch das Vitamin-Institut leiten solle. Der Physiologieprofessor Fritz Verzár gab gegenüber den Behörden für die Leitung von Institut und Anstalt seine Unterschrift.[35] Nachdem die Fakultät das Interim in diesem Sinne geregelt hatte, kehrte Zeller aus den USA zurück und protestierte beim Dekan dagegen, dass er völlig übergangen worden sei.[36] Erst die Intervention des Erziehungsrates, d.h. einer politischen Behörde,

Dr. [Georg] Veiel, Hoffmann-La Roche, 11. Februar 1943: Bemerkungen zu dem Projekt eines Schweizerischen Ernährungswissenschaftlichen Instituts. Vorschlag für ein Schweizerisches Ernährungsinstitut von Georges Viollier und Antwort 14. September 1944 durch Dr. Guggenheim, ebenda. Zu Lausanne vgl. Adrien Dolivo: Art. Girardet, André, in: Historisches Lexikon der Schweiz, elektronische Publikation. Vgl. Bächi (wie Anm. 30), S. 220.

32 Edlbacher verlangte 1942 die Entfernung von Zeller aus dem Vitamin-Institut; StABS, Universitätsarchiv X 3,5 39 Edlbacher, Siegfried (1932–1949, inkl. Nachfolge Edlbacher): Prodekan [der Medizinischen Fakultät] Prof. W. Lutz an Dr. med. A. L. Vischer, Präsident der Sachverständigenkommission, 4. März 1948.

33 Tadeus Reichstein, geboren in Włocławek, Bürger von Zürich, Schüler von Hermann Staudinger an der ETH Zürich, 1922 Doktorat, wurde dort 1929 Privatdozent, 1931 Mitarbeiter bei Leopold Ružička, 1934 Titularprofessor; erlangte 1937 den Titel eines ausserordentlichen Professors an der ETH. 1938 wurde er auf den Lehrstuhl für pharmazeutische Chemie an die Universität Basel berufen. 1946 übernahm er zusätzlich den Lehrstuhl für organische Chemie; 1950 gab er diese Doppelstellung auf zugunsten der Übernahme des Ordinariats für organische Chemie. Nobelpreis 1950 in Physiologie/Medizin, vgl. www.nobelprize.org/medicine/laureates/1950/reichstein-bio.html. Miriam Rothschild: Tadeus Reichstein, 20 July 1897 – 1 August 1996, in: Biographical memoirs of fellows of the Royal Society 45 (1999), S. 449–467.

34 Dr. med. Oswald Wiss, Promotion Basel 1942, Habilitation daselbst im Wintersemester 1947/48, Protokoll Fakultät, 8. Juli 1946 und 7. Juli 1947; die Lebensdaten sind nicht eruierbar. Bonjour (wie Anm. 7), S. 623, datiert irrtümlich seine Habilitation auf 1942.

35 Protokoll Kuratel, 24. Juni 1946; Protokoll Fakultät, 8. Juli 1946.

36 Protokoll Fakultät, 4. November 1946: Protest beim Dekan der Medizinischen Fakultät am 12. August 1946.

verschaffte dann Zeller für das Wintersemester 1947/48 einen bezahlten Lehrauftrag, der ihm wenigsten für dieses Semester erlauben sollte, die Hauptvorlesung in physiologischer Chemie zu halten.[37]

Im Erziehungsrat und bei einer Minderheit des Regierungsrates entstand im Verlauf des Verfahrens zur Bestimmung des Nachfolgers von Edlbacher der Eindruck, mit Zeller solle ein verdienter Forscher, der der Fakultät und der Industrie aus ausserwissenschaftlichen Gründen nicht genehm sei, um seine Chance im Berufungsverfahren gebracht werden. Dieser Eindruck beruhte einerseits auf Auskünften über Zellers hervorragende Forschungsleistungen in der Enzymchemie,[38] andererseits auf einem positiven «Zellermythus», der mit dessen Rolle in der Ernährungskommission zusammenhing. Die politische Linke hielt Zeller für eine Art David, der gegen den industriellen Goliath Hoffmann-La Roche auftrete. Anderen galt Zeller als wissenschaftlich «zweifellos einer der fähigsten Köpfe» mit interessanten Fragestellungen, der mit seinem «etwas stürmischen Temperament» wiederholt Anlass zu persönlichen Konflikten gegeben habe – so wurde er in Zürich bei der Umschau über mögliche Nachfolger für Abderhalden eingeschätzt.[39]

Am 31. März 1947 erörterte die Kuratel Zellers Kandidatur. Dieser lagen verschiedene Auskünfte über ihn vor, darunter eine negative Beurteilung durch den Präsidenten der Eidgenössischen Ernährungskommission, Alfred Fleisch. Tadeus Reichstein, der Zeller nach dem Konflikt mit Edlbacher in sein Labor aufgenommen hatte, äusserte sich ebenfalls nicht positiv.[40] Negative Auskünfte über Zeller stammten unter anderem aus der Industrie. In der Kuratel wirkte eine führende Persönlichkeit der Hauptaktionärsfamilien des

37 Protokoll Fakultät, 7. Juli 1947; Protokoll Kuratel, 9. August 1947; Protokoll Erziehungsrat, 24. September 1947. Beschluss des Regierungsrats in StABS, Protokolle Regierungsrat, 8. Oktober 1947.

38 Dem Erziehungsrat lag für die Sitzung vom 19. Mai 1947 ein positives Gutachten über Zeller von James B. Sumner (1887–1955, Nobelpreis für Chemie 1946) vor. Vgl. Protokoll Erziehungsrat des Tages.

39 Max Bächlin zitierte im Erziehungsrat einen Brief von A. Stoll (Sandoz) an Zeller von 1942, der ein positives Urteil enthalte. Er kommentierte: «Die Industrie ist aus guten Gründen gegen Zeller, da dieser dem Bund auf Kosten einer Basler Grossfirma Millionen erspart hat.» Zitiert nach: Protokoll Erziehungsrat, 24. März 1948. – Beurteilung Zellers in Zürich: Universitätsarchiv Zürich, Dekanatsakten Bestand ALC «Physiologische Chemie», Mappe 3 Physiologische Chemie, Nachfolge Abderhalden 1946: Gutachten der medizinischen Fakultät in Sachen Neubesetzung des Lehrstuhls für physiologische Chemie an der Universität Zürich, 21. November 1946, Rektorat an Erziehungsdirektion des Kantons Zürich.

40 Protokoll Erziehungsrat, 19. Mai 1947.

Geigy-Unternehmens mit, die Zeller vermutlich als Schützling des bei ihnen in Ungnade gefallenen Forschungsleiters Paul Läuger und als Mitverursacher der Konflikte innerhalb des Forschungsteams der Aligena einstuften. So berichtete Hartmann Koechlin (1893–1962), der wissenschaftliche und technische Leiter der Firma Geigy, Zeller habe bei Aligena die Verantwortung für eine Forschergruppe gehabt und dabei keinen Erfolg erzielt – was Zellers Bewunderer im Erziehungsrat damit entschuldigten, dass Zeller ein Wissenschaftler und kein Industriemanager sei. Zeller galt ferner als Exponent der Abstinenzbewegung. Schliesslich soll das Gerücht zirkuliert haben, Zeller sei im Geheimen Kommunist und eventuell gar am Freitod Edlbachers mitschuldig, weil er dessen Aufnahme in das Schweizer Bürgerrecht hintertrieben habe.[41] Da damals die Fakultät für die Kandidatur Butenandts eintrat, stand ein wissenschaftlich erstrangiger deutscher Bewerber gegen einen bei der Basler Linken hochangesehenen lokalen Kandidaten, der zudem, wie Regierungsrat Miville – ein Befürworter Butenandts – feststellte, keine Forderungen nach einem massiven Ausbau des Instituts stellte.[42] Der Erziehungsrat entschied sich am 19. Mai 1947 mehrheitlich für Zeller, indem er beschloss, die damalige Fakultätsliste zurückzuweisen. Die Fakultät hatte Butenandt am 10. März 1947 auf Platz 1, Felix Haurowitz (1896–1987)[43], Michel Macheboeuf (1900–1953)[44] und Erwin Chargaff (1905–2002)[45] *ex aequo* auf Platz 2 sowie Philip Eggleton (1903–1954)[46] auf Platz 3 gesetzt. Zudem hatte sie Karl Bernhard,

41 Ebd., 24. März 1948.

42 HAR, FE.0.7-100832a, Experten (externe wissenschaftliche), Experten B-I, Butenandt Ad. Prof. 1945–1957: Handschriftliche Notiz, mit «Miville» überschrieben und vom 20. Oktober 1948 datiert. Dort wird befürchtet, Zeller könne der Kandidatur Butenandts, die Miville und einige Industrievertreter favorisierten, auch wegen seiner Anspruchslosigkeit bezüglich Ausstattung gefährlich werden.

43 Frank W. Putnam: Felix Haurowitz, March 1, 1896 – December 2, 1987, in: National Academy of Sciences, Biographical Memoirs 64 (1994), S. 135–163. Vgl. International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933–1945, Bd. 2: Teil 1, München 1983, S. 465.

44 Institut Pasteur, Archives scientifiques, Service des archives: Dossiers biographiques, Macheboeuf Michel, 1900–1953, in: http://www.pasteur.fr/infosci/archives/f-bio.html.

45 Erwin Chargaff, Absolvent der TH Wien, PD Berlin, emigrierte 1933 nach Paris ans Institut Louis Pasteur, 1935 in die USA; er lehrte seit 1938 an der Columbia University (NY) als Professor für Biochemie. Siehe Lothar Jaenicke: Die Fackel des Erwin Chargaff und das Feuer des Heraklit fressen ihre Kinder, in: Angewandte Chemie 114 (2002), S. 4387–4390. Vgl. Erwin Chargaff: Das Feuer des Heraklit. Skizzen aus einem Leben vor der Natur, München 1979 (1984).

46 Philip Eggleton, Reader in Biochemistry, Edinburgh University, Physiology Department 1930–1954.

auf den wir weiter unten zurückkommen werden, explizit erwähnt, ohne ihn in die Liste aufzunehmen.[47]

Erst am 1. März des folgenden Jahres befasste sich die Fakultät mit der Aufstellung einer neuen Liste. Sie stellte jetzt Felix Haurowitz auf den ersten Platz und weigerte sich, nach eingehender negativer Beurteilung, Zeller einen Listenplatz zuzugestehen (für Zeller sprach sich nur der Pathologe Frédéric C. Roulet [1902–1985][48] aus). Die Kuratel akzeptierte diese Einschätzung der Fakultät am 18. März 1948 voll.

Angesichts der grossen Bedeutung von Haurowitz in der Geschichte der Biowissenschaften lohnt es sich, dessen Schicksal näher zu beleuchten. Die Medizinische Fakultät hatte ihn schon in ihrem ersten Gutachten, das ausländische Namen berücksichtigte, als einen der führenden Biochemiker erwähnt, wenn auch als weniger bedeutend als Butenandt – sie hatte ihn deshalb im erwähnten Gutachten vom 10. März 1947 mit anderen auf Platz zwei gesetzt. Auf Haurowitz hatte der Kinderarzt Ernst Freudenberg (1884–1967) die Fakultät aufmerksam gemacht.[49] Freudenberg war 1937 in Marburg in den «vorzeitigen Ruhestand» versetzt worden, weil seine Frau nach den Nürnberger Rassengesetzen als «Nicht-Arierin» galt. Im April 1938 berief ihn Basel auf den Lehrstuhl der Pädiatrie. Freudenberg verfolgte pathophysiologische Interessen, die ihn mit Haurowitz in Kontakt gebracht hatten.[50] Offensichtlich wusste er nicht nur, dass Haurowitz ein international angesehener Forscher war, sondern kannte auch dessen damalige Lage.

47 Protokoll Erziehungsrat, 19.5.1947.

48 Der Pathologe Frédéric Roulet (von 1938 bis 1955 Prosektor der Medizinischen Fakultät, PD 1937, Extraordinarius 1939, vgl. Bonjour [wie Anm. 7], S. 591, und StABS, Sammlung BIO: Dossier F. C. Roulet) kritisierte in der Fakultätssitzung vom 1.3.1948, dass im Gutachtensentwurf ausländische Stimmen zugunsten Bernhards gewürdigt würden, während man im selben Entwurf zu Zeller nur die negative Beurteilung von Abderhalden anführe. Siehe Protokoll Fakultät des Tages. Roulet überzeugte das Erziehungsratsmitglied Alfred Glatz von Zellers Qualitäten: Alfred Glatz (1879–1954), 1904–1942 Lehrer an der Knabenrealschule; seit 1911 Mitglied des Grossen Rates (Sozialdemokrat); seit 1920 Mitglied des Erziehungsrates; Pionier der Abstinenzbewegung, http://www.basler-stadtbuch.ch/stadtbuch/chronik/detail.cfm?Id=16008; Charles Stirnimann: Die ersten Jahre des «Roten Basel» 1935–1938. Zielsetzungen und Handlungsspielräume sozialdemokratischer Regierungspolitik im Spannungsfeld von bürgerlicher Opposition und linker Kritik, Basel 1988, S. 46; Protokoll Erziehungsrat, 24. März 1948.

49 Protokoll Erziehungsrat, 19. Mai 1947. Freudenberg war Mitglied der Fakultätskommission und der Sachverständigenkommission der Kuratel, Protokoll Fakultät, 8. Juli 1946; StABS, Universitätsarchiv X 3,5 39 Edlbacher, Siegfried (1932–1949, inkl. Nachfolge Edlbacher), Mappe «Nachfolge Edlbacher 1946–1949».

50 Michael Bernhard: Der Pädiater Ernst Freudenberg, Marburg 2001. Vgl. International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933–1945, Bd. 2: Teil 1, München 1983, S. 329.

Haurowitz war als jüdischer Forscher 1938 aus der Deutschen Universität Prag vertriebenen worden und hatte 1939 an der Universität Istanbul eine Professur erhalten, wo er bis Kriegsende weiterarbeiten und mit seiner Familie leben konnte. Er gehörte somit ebenfalls zu den erstklassigen Wissenschaftlern, die nach Kriegsende eventuell für eine universitäre Position in einem vom Krieg nicht direkt heimgesuchten, vergleichsweise reichen Land wie der Schweiz in Frage zu kommen schienen. Aber schon 1946 emigrierten seine Frau Regina, geborene Perutz, und die Kinder in die USA und stellten dort Verbindungen zu den führenden Biochemikern und Biophysikern an der University of Indiana in Bloomington her. Falls es überhaupt noch eine Chance gab, Haurowitz nach Basel zu holen, hätte das Berufungsverfahren beschleunigt und energisch auf diese Kandidatur ausgerichtet werden müssen.

Die neue Liste von Fakultät und Kuratel mit Haurowitz auf Platz eins diskutierte der Erziehungsrat am 24. März 1948. Die Mitglieder Max Bächlin (1910–2001)[51] und Leo Hänggi (1892–1986)[52] überzeugten den Erziehungsrat davon, dass Zeller von Fakultät und Kuratel, aber auch von der Industrie systematisch übergangen werde. Sie setzten mit 5 zu 3 Stimmen durch, dass der Erziehungsrat dem Regierungsrat empfahl, mit Zeller Berufungsverhandlungen aufzunehmen.[53] Im Herbst 1948 nahm Haurowitz in Bloomington eine Professur an, die ihn nicht nur mit seiner Familie zusammenführte, sondern ihm auch den direkten Austausch mit Koryphäen wie dem Genetiker Salvador E. Luria (1912–1991) ermöglichte. Haurowitz wurde dort zum Lehrer des später durch die Aufklärung der DNA-Struktur zu Weltruhm gelangten James D. Watson (geboren 1928). Carl Miville informierte den Grossen Rat am 14. Oktober 1948, dass Haurowitz für Basel nicht mehr zur Diskussion stehe – ohnehin hatte die Regierung die Kandidatur Haurowitz' nicht ernsthaft in Erwägung gezogen.

Nachdem der Regierungsrat am 8. September 1948 definitiv beschlossen hatte, dem Erziehungsrat nicht zu folgen und weiter

51 Max Bächlin, Geschichtslehrer am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium, Trotzkist, 1935–1944 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, 1944–1952 Mitglied der Partei der Arbeit. 1947–1952 Mitglied des Basler Grossen Rates, 1947–1950 Mitglied des Erziehungsrates. Vgl. StABS, Sammlung BIO: Dossier Max Bächlin.

52 Leo Hänggi, Reallehrer, führender katholischer Schulpolitiker Basels, 1935–1964 Mitglied des Grossen Rats, seit 1938 Mitglied des Erziehungsrates. Vgl. StABS, Sammlung BIO: Dossier Leo Hänggi.

53 Protokoll Erziehungsrat, 24. März 1948.

mit Butenandt zu verhandeln,[54] führte die Agitation für Zeller und gegen Butenandt schliesslich zu einer Interpellation im Grossen Rat durch den linkssozialistischen Architekten und Partei der Arbeit-Grossrat Hans Schmidt (1893–1972).[55] Obschon die Mehrheit des Parlaments am 14. Oktober 1948 daraufhin die Regierung mit 51 zu 43 Stimmen aufforderte, die bereits seit Juli 1948 laufenden Verhandlungen mit Butenandt wegen dessen politischer Vergangenheit einzustellen,[56] und obwohl der Erziehungsrat nochmals Zeller zur Berufung empfahl, setzte sich die Regierung über diese Opposition am 19. Oktober 1948 hinweg. Der Vorsteher des Erziehungsdepartements, Miville, hatte schon am Vortag Butenandt bei sich empfangen. Der Regierungsrat hielt mehrheitlich bis zu dessen formeller Absage im Januar 1949 an Butenandt fest.[57]

Weiteren Erfolg konnte unter diesen Umständen Zellers Kandidatur nicht haben. Er kehrte in die USA zurück und erhielt in Chicago eine Position, die ihm die Zusammenarbeit mit der Mayo Clinic und Forschungen an der Northwestern University ermöglichte.[58] Er veröffentlichte Beiträge zur Chemie der Enzyme und lebte bis zu seinem Lebensende als angesehener Wissenschaftler in Chicago. Die Universität Basel tröstete sich damit, dass dieser erfolgreiche Forscher ohnehin nur in den USA die Bedingungen erhalten konnte, die er für seine Arbeit benötigte, nicht aber in Basel.

Der Fall Butenandt – Auftakt

Eindeutig war der Wille der Regierungsmehrheit, mit Adolf Butenandts wissenschaftlichem Ansehen den Glanz der Universität zu

54 Ebd., 8. September 1948.

55 Hans Schmidt, Architekt, in Deutschland und in der Schweiz (ETH Zürich) ausgebildet, 1930–1937 in Moskau, 1937–1956 in Basel tätig, 11 Jahre Mitglied des Basler Grossen Rates, 1944 erfolgloser Kandidat für den Regierungsrat, 1944 Mitbegründer der Partei der Arbeit (Präsident der Basler Sektion), 1956 nach Berlin (Ost) als Leiter des Instituts für «Typung» im Aufbauministerium der DDR berufen, 1969 in die Schweiz zurückgekehrt. StABS, Sammlung BIO: Dossier Hans Schmidt. Vgl. Charles Stirnimann: Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948. Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des Roten Basel, Basel 1992, S. 191f.

56 (Gedruckte) Protokolle des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt, XLI. Jahrgang, 13. Mai 1948 bis 28. April 1949, S. 76–78.

57 Protokoll Regierungsrat, 8. September und 19. Oktober 1948; Protokoll des Grossen Rates, 14. Oktober 1948.

58 Zeller gibt als Adresse für seine Publikationen an: Department of Biochemistry, Northwestern University Medical School, Chicago, Ill.; Beispiel: E. A. Zeller/P. Stern/L. A. Blanksma: Degradation of histamine by monoamine oxidase, in: Die Naturwissenschaften 43 (1956), S. 157.

mehren. Zudem hoffte sie, so die Verbindung zwischen Universität und Industrie zu stärken. War aber der «belastete» Butenandt in Basel politisch tragbar? War die chemische Industrie, wie Regierungsrat Carl Miville annahm, überhaupt in ihrer Gesamtheit an einer Unterstützung Butenandts interessiert? Dies wäre die Voraussetzung für deren finanzielle Beteiligung am Institutsbetrieb gewesen. Und war Butenandt ernsthaft gewillt, nach Basel zu kommen?

Politische Bedenken gegen Butenandt waren im ersten Entwurf des Fakultätsgutachtens vom März 1947 zunächst explizit enthalten. In der Diskussion berichtete jedoch der Extraordinarius für Pharmakologie und Leiter des pharmakologischen Labors der Firma Sandoz, Ernst Rothlin (1888–1972),[59] Butenandt habe sich gegen das NS-Regime zur Wehr gesetzt. Nun verlangte auch Fritz Verzár, dass Butenandt ohne Vorbehalte auf Platz eins der Fakultätsliste gesetzt werde. Daraufhin strich die Fakultät in ihrem Bericht den Passus über politische Bedenken gegen Butenandt und liess nur die Schlussfolgerung stehen, dass gegen Butenandt «keine Bedenken» vorlägen. So entstand die Fakultätsliste, die am 10. März 1947 an die vorgesetzten Behörden weitergeleitet wurde, mit Butenandt auf dem ersten Platz.

Bemerkenswert war, dass die Regierung mit Butenandt einen «belasteten» deutschen Professor nach Basel berufen wollte, während sie gleichzeitig Basler Dozenten, die sich im Krieg als deutschfreundlich und nazistisch profiliert hatten, disziplinarisch bestrafte. Ähnliches geschah in Zürich.[60] Am selben Tag, an dem Butenandts Name zum ersten Mal in der Medizinischen Fakultät genannt wurde, beschloss nämlich der Erziehungsrat, der Regierungsrat solle gegen den Basler Geographieprofessor Fritz Jaeger ein Disziplinarverfahren eröffnen, weil dieser 1943 Mitglied einer als staatsgefährlich eingestuften, deutschfreundlichen Organisation gewesen war.[61] Dabei handelte es sich um die «Basler Pfalz», die 1942 als Plattform für die

59 Rothlin scheint im Vergleich zu einzelnen seiner Kollegen eine geringere Sensibilität bezüglich nationalsozialistischer «Belastungen» von Forschern gehabt zu haben. So hielt er am 13.11.1946 ein Kolloquium mit einem dänischen Gast, Christian Bomskow, ab, den Victor Demole (Professor in Lausanne und Berater der Forschungen von Roche) in der Diskussion empört als Nazi beschimpfte, worauf Rothlin Demole vom Kolloquium ausschloss. Demole beklagte sich bei der Kuratel, die am 31. März 1947 zum Schluss kam, Rothlin sei zu weit gegangen; Protokoll Kuratel, 31. März 1947. Zu Rothlin vgl. Bonjour (wie Anm. 7), S. 593.

60 Siehe oben, S. 14, Fall Flaschenträger.

61 Protokoll Erziehungsrat, 3. März 1947.

germanophile respektive nationalsozialistische Kulturpolitik in der Nordwestschweiz gegründet worden war.[62]

Grundlage waren die 1938 erlassenen Gesetze sowohl zur Unterdrückung von Kommunisten als auch von Nationalsozialisten und anderen Rechtsextremen («Frontisten»). In Basel wurde auf dieser Basis dem Staatspersonal die Mitgliedschaft in politisch extremen, als staatsgefährlich bezeichneten Organisationen verboten.[63] Aufgehoben wurden diese Massnahmen gegen Kriegsende nur für die Linkssozialisten und Kommunisten, die sich ab 1943 reorganisierten und unter neuen Bezeichnungen wieder die politische Bühne betraten,[64] während die rechtsextremen, nazistischen und germanophilen Bewegungen in der Regel untersagt blieben. Nach 1945 kamen Säuberungen oder Abrechnungen mit Anhängern solcher Tendenzen vor. Der bekannteste Fall ist derjenige des aargauischen Staatsarchivars und Wirtschaftshistorikers Hektor Ammann.[65] Einschlägige Basler Vorgänge, die in der Argumentation gegen Butenandt eine Rolle spielten, waren die Verfahren gegen Friedrich Vöchting, einen Freund von Hektor Ammann,[66] und den bereits erwähnten Fritz Jaeger.[67]

62 Über deutsche kulturpolitische Aktivitäten in der Schweiz und die Schweizer, die sich daran beteiligten (nicht aber zu Organisationen wie die «Basler Pfalz»), siehe Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die ‹Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften› von 1931–1945, Baden-Baden 1999, S. 679–687. Informationen über die «Basler Pfalz» enthält das Personaldossier Fritz Jaeger des Erziehungsdepartements, vgl. unten, Anm. 72.

63 Gesetz über den Ausschluss der Kommunisten und anderer staatsgefährlicher Organisationen vom öffentlichen Dienst, 1. September 1938. Nach dem Bundesratsentscheid zur Auflösung der Kommunistischen Partei der Schweiz wurden in Basel 1940 alle 15 Grossratsmandate der Kommunisten kassiert. Vgl. Stirnimann (wie Anm. 48), S. 169; S. 233 und Ders. (wie Anm. 55), S. 88ff.

64 Stirnimann (wie Anm. 55), S. 189ff; André Rauber: Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991, Zürich 2003.

65 Simon (wie Anm. 20).

66 Hektor Ammann «stand uns nahe», schrieb die Witwe Luise Vöchting-Oeri am 12. Februar 1986 an den damaligen Leiter des Archivs für Zeitgeschichte, Klaus Urner. Vgl. Brief in: Archiv für Zeitgeschichte der ETH (AfZ), Teilnachlass Prof. Dr. Friedrich Vöchting.

67 Bereits vor dem Gesetz über den Ausschluss der Kommunisten und anderer staatsgefährlicher Organisationen vom öffentlichen Dienst von 1938 wurde gegen Nationalsozialisten an der Universität Basel vorgegangen. Der bekannteste Fall aus jener Zeit ist der Versuch, den Pathologieprofessor Werner Gerlach, Anhänger der NSDAP und Mitglied der Medizinischen Fakultät der Universität Basel, 1935 zu entlassen. Siehe Stirnimann (wie Anm. 48), S. 176–179. – Explizit verglich Alfred Glatz im Erziehungsrat Jaeger und Vöchting mit Butenandt; jene seien im Vergleich mit diesem geradezu harmlos, Protokoll Erziehungsrat, 28. Juni 1948.

Hintergrund: Massnahmen gegen «belastete» Basler Professoren

Friedrich Vöchting-Oeri (1887–1969), ein deutsch-schweizerischer Doppelbürger, lehrte an der Universität Basel Agrargeschichte und internationale Agrarpolitik ohne Bezahlung, ab 1929 als Privatdozent, dann seit 1937 mit dem Titel eines Extraordinarius. Nach Auffassung von Kuratel, Erziehungsrat und Regierungsrat verstiess er gegen das Gesetz von 1938, als er am 25. August 1942 der Vortragsgesellschaft «Basler Pfalz» beitrat, vor diesem Gremium ein Referat hielt und nicht wieder austrat, als die Gesellschaft für staatsgefährlich erklärt wurde.

Die «Basler Pfalz» war im Sommer 1942 gegründet worden. Die Initianten standen in Beziehung zur «Eidgenössischen Sammlung» und zur «Gesellschaft zur Förderung des kulturellen Lebens» in Zürich. Die Schweizer Behörden hegten gegen diese Organisationen den Verdacht, sie dienten der NS-Propaganda und überdies einzelnen Mitgliedern als Deckmantel für Spionage. Die «Eidgenössische Sammlung» war schon am 20. Dezember 1940 als staatsfeindlich verboten worden. Im Oktober 1942 wiesen Tagespresse und Politiker die Öffentlichkeit auf die Existenz der «Basler Pfalz» und auf die Verbindungen der Gründungsmitglieder zu den verbotenen Vorgängerorganisationen hin. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erklärte die «Pfalz» am 12. Februar 1943 für staatsgefährlich. Im Sommer 1943 denunzierte Grossrat Max Wullschleger (1910–2004) in einer Kleinen Anfrage Friedrich Vöchting als Mitglied der «Pfalz». Die Kuratel griff den Fall am 13. September 1943 auf, und am 8. Oktober 1943 beschloss der Regierungsrat die Eröffnung des Disziplinarverfahrens. Am 13. Oktober 1943 verfügte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Auflösung der «Pfalz». Es stützte sich dabei auf den Bundesratsbeschluss vom 6. Juli 1943, mit welchem die «Nationale Sammlung» und die «Nationale Gemeinschaft» Schaffhausen aufgehoben worden waren, als deren Nachfolgerin die «Pfalz» galt. Am folgenden Tag führte die Basler Polizei bei Vöchting eine Hausdurchsuchung durch. Am 19. Oktober 1943 entschied der Regierungsrat, Vöchting vorläufig vom Dienst an der Universität auszuschliessen, und am 12. Juni 1944 folgte seine Entlassung. Vöchting rekurrierte dagegen bis vor das Bundesgericht, das ihn am 23. April 1945 endgültig abwies. Dabei wurde ihm die mit seiner Stellung als Universitätslehrer (auch wenn er unbesoldet gelehrt hatte) unvereinbare Mitgliedschaft zuerst in der «Sammlung», dann in der «Pfalz» zur Last gelegt; als erschwerend traten Passagen in seinen Publikationen hinzu. 1938 hatte er Erinnerungen an

den «Krieg in der Ukraine» 1914–1918 veröffentlicht. Dieses Buch fassten seine Gegner als nationalsozialistische Kriegspropaganda auf, während seine Freunde es in überschwänglichen Worten lobten. Darunter befand sich der Historiker Werner Kaegi (1901–1979), der am 10. April 1938 an Vöchting schrieb, er sei «unendlich dankbar für das schöne Buch». Vöchting hatte auch vor der «Basler Pfalz» über den «Wiederaufbau einer Weltwirtschaft» referiert. Vor allem wurde ihm ein Aufsatz vorgehalten, den er 1942 im «Weltwirtschaftlichen Archiv» veröffentlich hatte. Dieser wurde als Bekenntnis zu einem wirtschaftlichen Grossraum unter deutscher Führung gedeutet.[68]

Fritz Jaeger (1881–1966)[69] war deutsch-schweizerischer Doppelbürger (was er aber erst anlässlich seiner Kandidatur für eine Basler Professur entdeckte) und ein Spezialist für «koloniale Geographie», der sich zur Zeit des Ersten Weltkriegs in Deutsch-Ostafrika aufgehalten hatte. Der Basler Regierungsrat ernannte ihn 1928 zum Ordinarius für Geographie.[70] Nach 1933 bewunderte er Adolf Hitler offen als Retter Europas vor dem Bolschewismus und schrieb sich als Doppelbürger, Basler Professor und «Auslandsdeutschem» eine besondere und unter damaligen Umständen zwiespältige Vermittlerrolle zwischen der Schweiz und dem von dieser angeblich verkannten NS-Deutschland zu. Als Mitglied gleichgeschalteter deutscher Fachvereine beteiligte er sich an der NS-Geopolitik und forderte für das «Dritte Reich» Kolonien. Seine Söhne durchliefen deutsche Schulen, und wenigstens einer von ihnen war Mitglied der Hitlerjugend. Die Familie Jaeger wohnte in Riehen, um den Kindern den Schulbesuch in Lörrach zu ermöglichen. Trotz dieser Umstände scheiterten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs alle Versuche, gegen ihn ein Disziplinarverfahren zu eröffnen. Während die Gesinnung Jaegers evident war, fehlte eine offensichtlich strafbare Handlung, welche den Anlass für ein Verfahren geboten hätte. Erst zu Beginn des Jahres 1947 kam Jaegers Fall ins Rollen. Der Kuratelspräsident und Verleger Fritz

68 Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 55 (1942), S. 1ff. Eingabe von Paul Ganzoni an den Bundesrat vom 5. November 1943, Kopie in: AfZ, Teilnachlass Prof. Dr. Friedrich Vöchting.

69 Carl Troll: Fritz Jaeger. Ein Forscherleben. Mit einem Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Fritz Jaeger, zusammengestellt von Friedrich Linnenberg, in: Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft 15/16 (1968/69), auch als Erlanger Geographische Arbeiten Bd. 24, Erlangen 1969; Ders.: Fritz Jaeger 1881–1966, in: Neue Deutsche Biographie 10, Berlin 1974, S. 276; Walther Killy/Rudolf Vierhaus (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie 5, München 1997, S. 283. Vgl. zu Jaegers Anfängen Jürgen Zimmerer: Im Dienste des Imperiums. Die Geographen der Berliner Universität zwischen Kolonialwissenschaften und Ostforschung, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), S. 73–100.

70 Bonjour (wie Anm. 7), S. 762, datiert den Stellenantritt in Basel auf 1927.

Hagemann-Stüssi (1890–1979) forderte zusammen mit weiteren Kuratelsmitgliedern, darunter Max Gerwig (1889–1965), der die Zugehörigkeit Jaegers zur «Pfalz» ans Licht gebracht hatte, Adolf Vischer und Hartmann Koechlin, ein Disziplinarverfahren. Nachdem sich der Erziehungsrat im gleichen Sinne geäussert hatte, leitete der Regierungsrat das Verfahren im April 1947 ein.[71] So wurde Jaeger erst im Herbst 1947 nach fast 20 Dienstjahren im Alter von 67 als Professor entlassen. Begründet wurde diese Massnahme mit wiederholter nationalsozialistischer Propaganda in der Vorlesung und mit seiner Mitgliedschaft in der «Basler Pfalz».[72] Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse spielte sich die Diskussion über Butenandts belastende Vergangenheit in Basel ab.

Adolf Butenandts Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus

Der Fall Jaeger war nicht irgendein Ereignis, das zufällig zeitlich in die Nähe zur Debatte über die «Tragbarkeit» Butenandts als künftiger Basler Professor geriet. Adolf Butenandt selbst war nämlich 1943 zu einem Vortrag vor der «Basler Pfalz» eingeladen worden. Seine Anhänger und er selbst behaupteten, er habe die Einladung sofort abgelehnt, als ihm klar wurde, um welche Art von Gesellschaft es sich handle.[73] Wahrscheinlicher ist, dass der Vortrag gar nicht stattfinden konnte, weil die «Pfalz» bereits mit den Behörden Schwierigkeiten bekommen hatte. Denn Butenandt zögerte nicht, anlässlich seiner «Tour de Suisse» vor analog gearteten Gesellschaften in Zürich und in Bern trotz Boykottdrohungen zu sprechen. Diese Boykottbewegung wurde angeführt von Hermann Mooser (1891–1971), Professor für Hygiene an der Universität Zürich, und unterstützt von Leopold Ružička (1887–1976), Professor für organische Chemie an der ETH Zürich und zusammen mit Butenandt Träger des Nobelpreises von 1939.[74] Die Initianten hatten mit dem Boykott Erfolg und konnten verhindern, dass Butenandt an seinen Vorträgen in der Schweiz Kollegen von Rang antreffen

71 Protokoll Kuratel, 27. Januar 1947; Protokoll Regierungsrat, 16. April 1947.

72 Basler Nachrichten, 28. Juli 1948, Beilage zu Nr. 316; StABS, Universitätsarchiv XI A 3.2 58: Jaeger Fritz und ED-REG 1a 1 692: Dossier Prof. Dr. Fritz Jaeger 1928–1948; AfZ, Nachlass Hektor Ammann, IV, Aktion zur Wahrung der schweizerischen Neutralität 1940/41, IV.124: Pressestimmen zum Fall Hügel (Interpellation Bringolf), Prof. Dr. Fritz Jaeger, Dr. Robert Tobler, Juni–Dezember 1948.

73 So Regierungsrat Carl Miville in der Beantwortung der Interpellation Hans Schmidt im Grossen Rat am 14. Oktober 1948. Siehe gedrucktes Protokoll des Grossen Rats des Tages.

74 Oberkofler (wie Anm. 1).

konnte. Durchkreuzt wurde der Boykott nur von Alexander von Muralt (1903–1990), dem Berner Physiologen (Biophysiker), der privat eine Einladung zur Kompensation des Boykotts arrangierte. In dieser Lage, d.h. noch nach der Niederlage von Stalingrad und der Wende in Nordafrika, drohte Butenandt den Organisatoren des Boykotts mit Massnahmen für den Fall des deutschen Endsieges.[75]

Dank den Nachforschungen einer Studiengruppe, die einen privilegierten Zugang zum Archiv der Max-Planck-Gesellschaft und demjenigen von deren Vorgängerin, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, sowie zu den Papieren von Adolf Butenandt, dem langjährigen Präsidenten der Gesellschaft, hatte, wissen wir heute Genaueres über dessen Rolle zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Butenandt war kein Nationalsozialist, sondern hing aus Ablehnung der Weimarer Republik einer anderen rechtsextremen Gruppierung an, dem «Jungdeutschen Orden», der 1930 gegen Hitler und für Hindenburg votiert hatte und nach 1933 als Konkurrenz vom NS-Regime unterdrückt wurde. Butenandt war vor allem ein Nationalist, der sich weder mit der Weimarer Republik noch der Stellung Deutschlands in Europa nach der Niederlage von 1918 abfinden konnte und auf eine Revision mit militärischen Mitteln hoffte. Die ideologischen Differenzen zum Nationalsozialismus trugen ihm wiederholt negative Beurteilungen durch überzeugte Nationalsozialisten ein. Sein Antisemitismus brach spontan durch, wenn er seinem Ärger über Mitmenschen Ausdruck geben wollte – so bezeichnete er Leopold Ružička als «Juden», als er 1935 bemerkte, dass sich dieser auf sein eigenes Forschungsgebiet begeben hatte.[76] Die Biographen Butenandts sehen einen Unterschied zwischen dieser, dem bürgerlichen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts näheren Tendenz und dem nationalsozialistischen Antisemitismus, der die physische Vernichtung der Juden zum Ziel hatte.

Butenandt setzte sich allerdings in Etappen in ein positiveres Verhältnis zu den Nationalsozialisten. Um zu einem Lehrstuhl zu kommen, nahm er im Sommer 1933 eine Professur an der schlecht ausgestatteten und von der Schliessung bedrohten Technischen

75 Das Konzept des Schreibens in Nachlass Leopold Ružička. Vgl. Wissenschaftshistorische Sammlungen der ETH-Bibliothek, ETH Archiv, Hs 1190: 118 und 119. Siehe auch unten, Anm. 87.

76 Wolfgang Schieder: Spitzenforschung und Politik. Adolf Butenandt in der Weimarer Republik und im ‹Dritten Reich›, in: Ders./Achim Trunk (Hg.): Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im ‹Dritten Reich›, Göttingen 2004, S. 23–77, zit. S. 29; zum «spontanen Antisemitismus» von Butenandt ebd., S. 30.

Hochschule Danzig an. Dabei blieb der breiteren Öffentlichkeit aber verborgen, dass Butenandt seit Beginn seiner eigenen Forschungen und wohl auch in Danzig von den Chemieunternehmen Schering-Kahlbaum, Hoffmann-La Roche und seit 1934 von der Rockefeller-Stiftung materielle Unterstützung erhielt. Seit dem 1. Mai 1936 ist er als Mitglied der NSDAP nachweisbar; wann er genau beitrat, bleibt unklar, aber es ist zu vermuten, dass dies in Danzig geschehen war.[77] Im Herbst 1936 übernahm er die Leitung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin-Dahlem – eine Position, die dadurch frei geworden war, dass sie der bisherige Stelleninhaber, Carl Neuberg (1877–1956), als «Nicht-Arier» räumen musste.[78] Nach 1939 wuchs Butenandts Begeisterung mit jedem Sieg, den ‹deutsche Waffen› errangen. Am Friedrichstag 1941 verkündete er in Worten, die nach den Massstäben der linken Basler Politiker mehr waren als Konzessionen eines strebsamen Forschers an die politischen Umstände, seine patriotische Begeisterung für den Eroberungskrieg Hitlers und stellte den 30. Januar 1933 in eine Reihe mit den wichtigsten historischen Gründungsereignissen der deutschen Nationalgeschichte.[79]

Sehen wir uns diesen Festakt der Preussischen Akademie der Wissenschaften vom Januar 1941 näher an. Die Sitzung wurde nach der Ouvertüre aus der Suite in C-Dur von Johann Sebastian Bach vom Präsidenten mit einer Huldigung an den «Führer», einer Breitseite gegen den «Plutokraten-Staat» und der These vom «Sieg der Arbeit über das Gold» eingeleitet. Es folgten sachlich-nüchterne Berichte über den Gang der Arbeiten in den verschiedenen Programmen der Akademie. Butenandt hielt den eigentlichen Festvortrag. Eingangs bekannte er sich zur idealistischen Überzeugung, dass Kunst und Wissenschaft, das «Geistesgut», für die Bewertung eines Volkes wichtiger seien als kriegerische oder wirtschaftliche Leistungen. Er forderte Verständnis für die «Einmaligkeit des produktiv Schöpferischen», d.h. für Menschen, deren Leben sich «häufig nach anderen Gesetzen bewegt als das weiterer Volkskreise». Die geistigen Arbeiter

77 Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth: Von der Rockefeller Foundation zur Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 389–418, insbes. S. 391–398.

78 Michael Schüring: Der Vorgänger. Carl Neubergs Verhältnis zu Adolf Butenandt, in: Schieder/Trunk (wie Anm. 76), S. 346–368.

79 Adolf Butenandt: Die biologische Chemie im Dienste der Volksgesundheit, in: Jahrbuch der Preussischen Akademie der Wissenschaften, Jahrgang 1941, Berlin 1942: Öffentliche Sitzung zur Feier des Friedrichstages und des Tages der Reichsgründung am Donnerstag, dem 23. Januar 1941, S. 171–183. Dort auch das Folgende, so weit nicht einzeln belegt.

stünden ebenso sehr im Dienste des Eroberungskriegs wie die Soldaten, ja diese «wissenschaftliche Arbeit» entscheide über die «Brauchbarkeit und Güte der soldatischen Waffen». Diese Wendung kann genauso gut mit der Rhetorik aus der Zeit von 1871–1914, welche die Universität in Berlin «Unter den Linden» als eine Art Kaserne auffasste (von Franzosen damals als das Bild einer Minerva mit Pickelhaube verspottet[80]), in Verbindung gebracht werden wie mit der Militarisierung der Wissenschaft im Stile der nationalsozialistischen «Kriegswissenschaft». Getreu den Forderungen des Regimes nach Autarkie feierte Butenandt sodann seine Zeit als «Jahrhundert der Chemie», wobei letztere die Aufgabe der «Rohstoffsicherung für die gesamte Wirtschaft» erfülle. Die «biologische Chemie» widme sich der «Gesunderhaltung des Volkes».

Damit war er bei seinem Thema, den «Wirkstoffen», angekommen, die die Lebensvorgänge als «Biokatalysatoren» bestimmten. Er erläuterte die Bedeutung an der Wirkung von Vitaminen und Hormonen in der Medizin. Mit wenigen, aber bezeichnenden Ausnahmen vermied er eindeutige Hinweise auf ‹zeitbedingte› Aspekte: Die Möglichkeit, mit Hormontherapie auf die Fruchtbarkeit der Frauen einzuwirken, löse ein «bevölkerungspolitisches» Problem, wobei man jedoch die «Forderung» berücksichtigen müsse, «dass nur gesundes Erbgut fortgepflanzt werden soll». Nach einem Exkurs in die Bekämpfung von Seuchen und Infektionen gelangte er mit der Frage: «Wo liegen die Gründe für die Anfälligkeit eines Organismus gegenüber einer Infektion und für die Widerstandsfähigkeit eines anderen unter völlig gleichen äusseren Bedingungen?», ins Zentrum seines eigenen damaligen Forschungsprogramms.[81] Lepra, Krebs und Virusinfektionen waren hier die Beispiele. Obschon sich dazu viele Gelegenheiten angeboten hätten, interessierte sich Butenandt in diesen Beispielen nie explizit für Rassenfragen, sondern argumentierte nur mit dem Potential dieser Erkenntnisse für künftige medizinische Therapien. Am Schluss feierte er «die heilige Flamme des reinen Erkenntnistriebs», die es künftigen Generationen «unver-

80 Ernest Lavisse in den Notizen über seine Deutschlandreise 1886, Christian Simon: Staat und Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich 1871–1914, Bd. 1, Bern 1988, S. 320.

81 Zur Rekonstruktion von Butenandts Forschungsprogramm der späten 1930er und der 1940er Jahre siehe Ebbinghaus/Roth (wie Anm. 77), S. 398–411, sowie Achim Trunk: Zweihundert Blutproben aus Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943–1945), in: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Präsidentenkommission Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Ergebnisse 12, Berlin 2003, S. 72.

sehrt weiterzureichen» gelte. Der gedankliche Sprung zurück zum Anlass des Festvortrags, «dem Gedächtnis unserer grössten Denker und Staatsmänner», die er nicht beim Namen nannte, bleibt logisch unklar. Evident ist, dass er damit ein patriotisches Bekenntnis ablegen wollte.

Die Basler Kritiker Butenandts, die diese Rede als Beleg für dessen Verhältnis zum Regime und zum Eroberungskrieg lasen, hatten somit Recht: In den hoch rhetorischen Eingangs- und Schlusspassagen wurde der 1939 begonnene Krieg verherrlicht, wurde dem 1933 an die Macht gelangten Regime gehuldigt und wurde die Wissenschaft in den Dienst der Kriegsanstrengungen gestellt. Diejenigen Basler aber, die Butenandt verteidigten, sahen darin das Lippenbekenntnis eines Patrioten, der weder Nationalsozialist noch rabiater Rassist gewesen sei. Sie lasen in demselben Text ein Bekenntnis zur «reinen Wissenschaft» und eine Verteidigung gegen die versuchte Gleichschaltung der freien Forschung durch die Partei.[82] Im Erziehungsrat wurde diese Rede am 28. Juni 1948 zum Hauptargument gegen Butenandt. Max Bächlin hielt sie für den entscheidenden Beweis der Untragbarkeit Butenandts. Regierungsrat Carl Miville hielt in seiner Beantwortung der Interpellation von Hans Schmidt vor dem Grossen Rat am 14. Oktober 1948 entgegen: «Man muss sich dabei aber vor Augen halten, dass er vor den Spitzen der Partei sprechen musste, also in einer Zwangslage war; bevor man ihn verurteilt, muss man mit den damaligen Umständen rechnen.» Max Bächlin erkannte erstaunlich genau, dass Butenandts Ideologie zwar nicht mit dem Nationalsozialismus deckungsgleich war, dass er sich aber für die Aussen- und Kriegspolitik der Nazis begeisterte.[83] Tatsächlich war Butenandts Festvortrag im Vergleich zur Eröffnungsrede des Akademiepräsidenten schon fast kultiviert

82 Der Präsident des Erziehungsrates erklärte am 16. August 1948, er habe Butenandt auf die Rede vom 23. Januar 1941 angesprochen. Dieser habe geantwortet, «die Situation sei damals so gewesen, dass seine Freunde im Hinblick auf seine Ausführungen über die Freiheit der Forschung und Wissenschaft in jener Rede die unmittelbare Verhaftung Butenandts befürchteten». Demgegenüber bezog sich Alfred Glatz auf ein Schreiben von Georg Melchers aus Tübingen, demzufolge Butenandt alles getan habe, um «ungeschlagen während des nationalsozialistischen Regimes durchzukommen»; Protokoll Erziehungsrat des Tages. Zu Georg Melchers vgl. Jeffrey Lewis: Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft, in: Schieder/Trunk (wie Anm. 76), S. 403–443, insbes. S. 425ff.; Michael Schüring: Ein Herr aus Tübingen. Georg Melchers in den wissenschaftspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit, in: Marc Schalenberg/Peter T. Walther (Hg.), ‹... immer im Forschen bleiben›, Stuttgart 2004, S. 373–389.

83 Protokoll Erziehungsrat, 28. Juni und 16. August 1948; Protokoll Grosser Rat, 14. Oktober 1948, S. 77 der gedruckten Fassung.

und einem altmodisch-akademischen, wilhelminischen Idealismus verpflichtet. Verglichen mit den sachlicheren Berichten über die Akademieprogramme jedoch erscheint Butenandts Rede als Einblick in die Seele eines militaristischen Chauvinisten, der dem Regime für die Revanche für 1918 dankbar war und seine Wissenschaft in den Dienst dieses Zieles stellte.

Adolf Butenandt war Forscher genug, um sich ein unmittelbares Parteidiktat in seiner eigenen Arbeit zu verbitten. Ferner gibt es Hinweise darauf, dass er seine Stellung nutzte, um Verfolgten Unterstützung zu gewähren. Verschiedene Forscher, die nach 1933 aus «rassischen» Gründen verfolgt wurden, gaben nach 1945 für Butenandt Ehrenerklärungen ab. Über den Umfang dieser Aktionen und die Motive ist wenig bekannt geworden. Carl Neuberg, von dessen Absetzung Butenandt profitiert hatte, kritisierte ihn nie öffentlich als Profiteur der Arisierung. Zudem hat Butenandt selbst zwar Gelder aus den Mitteln für die Kriegsforschung bezogen und seine Arbeit rhetorisch oder faktisch in deren Kontexte gestellt, es kann ihm aber nicht nachgewiesen werden, dass er sich persönlich an ethisch unkorrekten Forschungen beteiligt hat. Demgegenüber kamen einzelne Arbeiten seiner Schüler und Kollegen, mit denen er enge Beziehungen pflegte, Handlungen nahe, die als unethisch bezeichnet werden können, oder sie überschritten diese Grenze. Zu Butenandts bevorzugten Gesprächspartnern gehörte sein Dahlemer Nachbar Otmar von Verschuer (1896–1969), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, der sich vom bekannten KZ-Arzt Josef Mengele mit Daten und Präparaten beliefern liess[84] und den Butenandt nach 1945 mit grossem Einsatz von dem Verdacht, er sei durch Experimente in Verbindung mit der KZ-Medizin belastet, zu befreien trachtete.[85]

84 Deichmann (wie Anm. 1), S. 1319; Carola Sachse: Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1969), in Schieder/Trunk (wie Anm. 76), S. 286–319.

85 Robert N. Proctor: Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass, in: Forschungsprogramm Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Ergebnisse 2, Berlin 2000; danach Ebbinghaus/Roth (wie Anm. 77), die von «ethisch nicht zulässigen Humanexperimenten» der Mitarbeiter Butenandts und wiederum von deren eigenen Arbeitsgruppen sprechen; später ausführlich Schieder (wie Anm. 76), S. 60–69; Bernd Gausemeier: An der Heimatfront. ‹Kriegswichtige› Forschungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie, in: Schieder/Trunk (wie Anm. 76), S. 134–168; Ders.: Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945, Göttingen 2005; Achim Trunk: Rassenforschung und Biochemie. Ein Projekt – und die Frage nach dem Beitrag Butenandts, in: Schieder/Trunk (wie Anm. 76), S. 247–285.

Recht viel davon war kurz nach dem Krieg in der Schweiz bekannt, als es um die Frage der «Belastung» Butenandts ging. Das Gutachten der medizinischen Fakultät in Sachen Neubesetzung des Lehrstuhls für physiologische Chemie an der Universität Zürich, welches das dortige Rektorat am 21. November 1946 an die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich schickte, berichtete über Butenandt: «Er war Nationalsozialist und wurde vor einigen Jahren anlässlich eines Vortrags in Zürich in der ‹Gesellschaft zur Förderung kulturellen Lebens› von der gesamten Fakultät und von der Ärzteschaft boykottiert. Es wäre heute nicht tragbar, ihn zu wählen, nachdem man Flaschenträger vor zwei Jahren entlassen hat.»[86] Leopold Ružička stellte sein Wissen Regierungsrat Miville auf dessen Aufforderung hin zur Verfügung – doch wurde diese Auskunft mit dem Hinweis auf Ružičkas Engagement für den Aufbau im kommunistischen Jugoslawien Titos und seine Beziehungen zur Wissenschaft in slawischen Ländern, die unter kommunistische Kontrolle geraten waren, zur Seite gelegt.[87]

Butenandts Mitgliedschaft in der NSDAP war in der Schweiz bekannt, wurde aber mit der Bemerkung entkräftet, dass Butenandt in Danzig kaum anders hätte handeln können.[88] Die Umstände, unter denen er als Nachfolger des abgesetzten Neuberg Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts geworden war, wurden nicht in den

86 Universitätsarchiv Zürich, Dekanatsakten Bestand ALC «Physiologische Chemie», Mappe 3: Physiologische Chemie, Nachfolge Abderhalden 1946.

87 Protokoll Erziehungsrat, 16. August 1948, Votum des Präsidenten. Ružička bezeichnete sich selbst als «Salonkommunist», vgl. Oberkofler (wie Anm. 1), S. 151–169. Das Konzept des Schreibens, in: Nachlass Leopold Ružička, Wissenschaftshistorische Sammlungen der ETH-Bibliothek, ETH Archiv, Hs 1190: 118 und 119: Carl Miville, Regierungsrat Basel-Stadt, an Ruzicka, 18. Mai 1948, Antwort Ruzicka vom 25. Mai 1948.

88 Butenandt selbst leugnete, Parteimitglied gewesen zu sein, er gab allenfalls zu, gegen seinen Willen auf die Liste der Parteianwärter gesetzt worden zu sein, vgl. Ebbinghaus/Roth (wie Anm. 77), S. 418, Anm. 108. Der Dekan der Medizinischen Fakultät, Lutz, informierte aber den Erziehungsrat, dass Butenandt Parteimitglied gewesen sei, Protokoll Erziehungsrat, 26. April 1948 – Butenandts Selbstdarstellung gegenüber dem ihm wohlgesinnten Abderhalden, in Schreiben Butenandt an Abderhalden, Tübingen 9. Januar 1947, dürfte ungefähr dem entsprochen haben, was er gegenüber Miville sagte: Er habe sich vor 1933 «öffentlich für die demokratische Staatsform eingesetzt» und sich an der Kampagne für Hindenburg gegen Hitler beteiligt, weswegen er viele Schwierigkeiten nach 1933 hatte. Er sei nur Parteianwärter gewesen, weil er in Danzig dazu aufgefordert worden sei. Er sei bestrebt gewesen, in der nationalsozialistischen «Lehre» «das Gute in ihr zu fördern und Fehler im Rahmen meines Aufgabenkreises zu bekämpfen», was in Danzig nur «in Fühlung mit der Partei möglich» gewesen sei. Durchschlag des Briefes im Universitätsarchiv Zürich, Bestand AB, 1.0001, Abderhalden, Emil (1877–1950), Med./OP Nr. 75.

Mittelpunkt der Argumentation gestellt.[89] Sehr wohl bekannt war die Rede zum Friedrichstag, und Butenandts Vortragsreise durch die Schweiz 1943 war noch in Erinnerung, wie wir gesehen haben.

Umso mehr bewirkten die positiven Zeugnisse, die im Auftrag des Erziehungsrates von der Erziehungsdirektion eingeholt wurden. Der angesehene deutsche Chemiker, Nobelpreisträger und Gründungspräsident der Max-Planck-Gesellschaft Otto Hahn (1879–1968) gab eine Ehrenerklärung für Butenandt ab, und die Medizinische Fakultät hielt die Frage der Belastung schon dadurch für erledigt, dass sie zu wissen glaubte, dass sich Butenandt unter widrigen Umständen für die Freiheit der Wissenschaft eingesetzt und sich schützend vor Forscher gestellt habe, die ins Visier der Partei geraten waren. Besonderes Gewicht kam dabei der Ehrenerklärung von Felix Haurowitz, dem von der Fakultät vorübergehend favorisierten Kandidaten, zu, den Carl Miville als «emigrierten tschechischen Juden» vorstellte.[90]

Interessen und Leistungen der Industrie

Als die Liste der Fakultät am 17. März 1947 in der Kuratel verhandelt wurde, sprach sich Hartmann Koechlin gegen eine *primo loco*-Stellung von Butenandt aus, einerseits wegen dessen «politischer Einstellung», andererseits weil er eher auf ein Ordinariat für organische Chemie als auf den zu vergebenden Lehrstuhl für physiologische Chemie für Mediziner gehöre. Die Kuratel folgte ihm damals.

Der Name Butenandt verschwand daraufhin – wie wir gezeigt haben – aus den Basler Agenden, bis Carl Miville an der Kuratelssitzung vom 18. März 1948 teilnahm und sich dort dafür einsetzte, eine Berücksichtigung von Butenandt nunmehr ernsthaft in Betracht zu ziehen, während die Kuratel (noch) Haurowitz den Vorzug gab.[91] Danach beantragte Miville am 20. April 1948 im Regierungsrat, das Berufungsverfahren sei nochmals an die «unteren Behörden» zurückzuweisen, wobei er ausdrücklich seiner Meinung

89 Dies hätte auch nur schwerlich geschehen können, da sich Neuberg weder öffentlich noch in seiner Korrespondenz mit Butenandt je darüber beklagte, dass Butenandt von seiner Entfernung aus «Rassegründen» einen direkten Karrierevorteil gezogen habe. Vgl. Schüring (wie Anm. 78), S. 346–368.

90 Regierungsrat Carl Miville vor dem Grossen Rat mit dem Ziel, die Autorität von Haurowitz' Ehrenerklärung für Butenandt, die er zur Widerlegung der Interpellation von Hans Schmidt zitierte, zu unterstreichen, Protokoll Grosser Rat, 14. Oktober 1948, S. 77 der gedruckten Fassung.

91 Protokoll Kuratel, 18. März 1948.

kundgab, dies solle ein Schritt auf dem Weg zu Verhandlungen mit Butenandt sein. Sein Kollege Gustav Wenk (1884–1956) und ein weiterer, nicht genannter Regierungsrat opponierten, aber mit 4:2 Stimmen erlangte Miville den ihm erwünschten Entscheid.[92] Daraufhin liess sich die Kuratel am 18. Mai 1948 zur Feststellung herbei, dass nach rein wissenschaftlichen Kriterien Butenandt tatsächlich eine überragende Stellung zukomme und die Industrie an seiner Berufung Interesse zeige. Fachliche Einwände, wie sie zuvor Hartmann Koechlin vorgebracht hatte, wurden nicht mehr geltend gemacht, aber Adolf Vischer zitierte in der Kuratelssitzung eine Auskunft von Adolf Portmann (1897–1982)[93]: Dieser hatte vom Europa-Verantwortlichen der Rockefeller-Stiftung[94] vernommen, dass Basel bei der Stiftung einen «black mark» erhielte, falls Butenandt Professor an der Universität werde. Die Mehrheit liess sich davon nicht beeindrucken, zumal angeblich auch amerikanische Universitäten sich für Butenandt interessierten, und liess der Industrie mitteilen, dass fortan Butenandt ernsthaft im Gespräch sei.[95]

In der Folge traf sich Hartmann Koechlin am 16. und 19. Juli 1948 mit Butenandt. Danach begannen Besprechungen zwischen den chemisch-pharmazeutischen Unternehmen über eine gemeinsame materielle Unterstützung Butenandts für den Fall seiner Berufung nach Basel. Der Erziehungsrat riet derweil am 16. August

92 Protokoll Regierungsrat, 20. April 1948.

93 Adolf Portmann, seit 1931 Professor für Zoologie an der Universität Basel, beriet die französischen Besatzungsbehörden beim Wiederaufbau der deutschen Universitäten in deren Zone und hatte weitreichende wissenschaftspolitische Beziehungen. Vgl. Adolf Portmann zum 100. Geburtstag (UniNova 79/80), Basel 1997; Markus Ritter: Die Biologie Adolf Portmanns im zeitgeschichtlichen Kontext, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 100 (2000), S. 207–254; Christian Simon: Natur-Geschichte. Naturhistorisches Museum, Universität und Staat in Basel, 1800–2000, Basel 2009 (in Vorbereitung). Nach Ebbinghaus/Roth (wie Anm. 77), S. 397, hat Thorfin Rusten Hogness (1894–1976, Professor für physikalische Chemie an der University of Chicago) der Rockefeller Foundation nach einem Besuch in Dahlem 1937 berichtet, Butenandt sei ein «red hot Nazi», was zur ablehnenden Einstellung der Stiftung gegen Butenandt in der Nachkriegszeit beigetragen haben mag. Vgl. auch Paul J. Weindling: Verdacht, Kontrolle, Aussöhnung. Adolf Butenandts Platz in der Wissenschaftspolitik der Westalliierten (1945–1955), in: Schieder/Trunk (wie Anm. 76), S. 320–345, insbes. S. 339.

94 Robert Kohler: Partners in science. Foundations and natural scientists, 1900–1945, Chicago 1991; Giuliana Gemelli/Jean-Francois Picard/William H. Schneider (Hg.): Managing medical research in Europe: The role of the Rockefeller Foundation (1920s–1950s), Bologna 1999; Giuliana Gemelli/Roy MacLeod (Hg.): American foundations in Europe: Grant-giving policies, cultural diplomacy and Trans-Atlantic relations, 1920–1980, Brüssel/New York 2003; Pnina G. Abir-Am: The Rockefeller Foundation and the rise of molecular biology, in: Nature Reviews 3 (January 2002), S. 5–10.

95 Protokoll Kuratel, 18. Mai 1948.

1948 energisch von Butenandt ab. Dennoch liess sich Miville am 8. September 1948 im Regierungsrat offiziell zu Verhandlungen mit Butenandt bevollmächtigen. Wir haben bereits gesehen, dass die Gegner dieser Massnahme daraufhin den Grossen Rat mobilisierten und dass sich der Regierungsrat auf Antrag von Miville darüber hinwegsetzte.[96]

Am 18. Oktober 1948 besprach sich eine Delegation der Firma Hoffmann-La Roche mit Butenandt in Basel. Zwei Tage später hielt Miville in einer Notiz fest, was die Industrie bereits für die sie interessierenden Naturwissenschaften gespendet hatte und was er und Butenandt noch von ihr erwarteten: Miville nannte darin Zahlungen an die chemische Anstalt (gemeint war das neue Institut für Organische Chemie für Tadeus Reichstein am St. Johanns-Ring), das Institut für Farbstoff-Chemie für Robert Wizinger (1896–1973)[97] in der St. Johann-Vorstadt und die Forderung von Butenandt im Betrag von Fr. 600 000. Als bereits gestiftet wurden folgende Summen bezeichnet: Ciba und Sandoz zusammen Fr. 1,8 Millionen, andere Fr. 600 000 (darunter von Geigy Fr. 250 000); diese Beträge seien zweckgebunden für die Farbstoffchemie. Auf dem Zettel steht ferner, dass der Kanton Basel-Stadt die von Butenandt verlangten Fr. 600 000 nicht aufbringen könne, weil die Regierungsräte Ebi und Zschokke opponierten. Miville hoffte deshalb auf einen entsprechenden Beitrag von Hoffmann-La Roche. Die deutschen Mitarbeiter, die Butenandt mitbringen wollte, kosteten zusammen Fr. 150 000; aus politischen Gründen sollten diese nur private Verträge erhalten und in drei bis fünf Jahren durch Schweizer ersetzt werden.[98]

Nach dieser Unterredung drängte Miville die Firma Hoffmann-La Roche zu einer Zusage bis Anfang November 1948. Butenandt werde zu diesem Zeitpunkt wieder in Basel sein, und Miville wollte mit ihm bei dieser Gelegenheit unbedingt die Berufungsverhandlungen abschliessen.[99] Somit erscheint Miville und mit ihm der Regierungsrat als das treibende Moment hinter dem Versuch, eine Koalition zwischen Staat und Industrie für die Finanzierung der Berufung Butenandts herbeizuführen.

96 Siehe oben, S. 23.

97 Bonjour (wie Anm. 7), S. 747.

98 HAR, FE.0.7-100832a, Experten (externe wissenschaftliche), Experten B-I, Butenandt Ad. Prof. 1945–1957: handschriftliche Notiz, mit «Miville» überschrieben, vom 20. Oktober 1948.

99 Ebd., Schreiben des Vorstehers des Erziehungsdepartements Basel Stadt (Miville) an Dr. Vetter, Hoffmann-La Roche Basel, vom 27. Oktober 1948.

Am 2. November 1948 konnte Hartmann Koechlin in der Kuratel berichten, dass das «grosse Interesse» der Industrie an Butenandt feststehe. Voraussetzung sei allerdings, dass die Position von Tadeus Reichstein nicht geschmälert werden dürfe – Reichstein hatte über Haco Gümligen (Dr. Gottlieb Lüscher) Verträge mit Hoffmann-La Roche für die Nutzung der Rechte an der Synthese von Vitamin C[100] und – in der fraglichen Periode vielleicht noch wichtiger – mit Ciba über eine Forschungskooperation im Bereich der Hormone/Steroide.[101] Tatsächlich war schon mit einer Konferenz im Erziehungsdepartement am 16. Mai 1947, an der neben Universitäts- und Verwaltungsvertretern Persönlichkeiten von Ciba, Sandoz, Geigy und Hoffmann-La Roche teilgenommen hatten, die Planung des neuen Gebäudes der Universität für die organische Chemie (d.h. für Reichstein) beschlossen worden, wofür ebenfalls mit einer starken Unterstützung der Industrie gerechnet wurde.[102] Roland Rohn (1905–1971), Sohn des Präsidenten des ETH-Rates Arthur Rohn und nach dem Tod von Otto Salvisberg (1882–1940) ‹Hausarchitekt› von Hoffmann-La Roche, hatte 1947 mit Projektierungsarbeiten für das Institut begonnen.[103] Das Engagement von Hoffmann-La Roche für Reichsteins Institut nahm später einen bedeutenden Umfang an: 1949 forderte Reichstein von diesem Unternehmen einen Beitrag in

100 Beat Bächi: ‹Rein schweizerisches› Vitamin C aus Basel. Zur Kulturgeschichte einer soziotechnischen Innovation, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 105 (2005), 79–113. Das Interesse von Hoffmann-La Roche an Reichstein scheint sich weitgehend auf die Vitamin-Synthesen beschränkt zu haben, während dasjenige von Ciba sehr viel weiter ging. Zu Hoffmann-La Roche siehe HAR, PE.1.R-101745, Unterlagen Prof. Tadeus Reichstein. Zu Ciba siehe Firmenarchiv Novartis AG, Archiv Ciba AG, Recht – Lizenzen – Haco AG/Prof. T. Reichstein (und Prof. C. A. Grob), Abkommen 386 a/b/c, Korrespondenz Juli 1937 bis Juni 1967: Erlaubnis von Ciba für Reichstein, mit Hoffmann-La Roche weiterhin im Vitamin-Gebiet zu kooperieren (als «Ausnahme»), Ciba an Reichstein, 18. März 1939.

101 Zu den Verträgen Ciba–Reichstein siehe unten, Anm. 108. Hinzuweisen ist auch auf die «Reichstein-Patente» (die nicht alle auf Erfindungen von Reichstein selbst zurückgehen) im Rahmen des Hormonkartells zwischen Ciba, Schering, Organon, Boehringer Mannheim und Chimio. Vgl. Firmenarchiv Novartis AG, Archiv Ciba AG, RE 1.03: Protokolle der «Hormon-Konferenzen» 1938 bis 1948. Christina Ratmoko: Hormone aus dem Industrielabor. Die Erforschung und Herstellung von Geschlechtshormonen bei der Ciba zwischen 1910 und 1940, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 55 (2005), S. 84–94.

102 HAR, PO.6-102674, Spenden, Subventionen: Konferenz ED 16. Mai 1947. Während im Verwaltungsrat Paul Sacher einen Beitrag an den Bau vehement ablehnte und darauf beharrte, Neubauten müsse der Staat finanzieren, sprach sich Direktor Emil Barell für eine Beteiligung von Hoffmann-La Roche aus.

103 Ebd., Mitteilung der Technischen Direktion, Dr. Rohn erhält ein Honorar für Projektierungsarbeiten, 24. Dezember 1947.

der Höhe von Fr. 300 000, worauf der Verwaltungsrat am 16. Januar 1950 schliesslich Fr. 250 000 bewilligte. Dies schuf aber keine neue Situation, hatte die Industrie – und mit ihr Hoffmann-La Roche – doch schon Reichsteins Berufung von der ETH Zürich nach Basel im Jahre 1938 mit Spenden ermöglicht.[104]

Der zuletzt erreichte Stand der Basler Verhandlungen mit Butenandt war der, dass dieser die Leitung des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Tübingen auch im Fall einer Anstellung in Basel behalten könne.[105] Butenandt verlangte, wie Miville sich notiert hatte, zudem in Basel Fr. 600 000 für den Ausbau des Instituts und Apparate, Fr. 100 000 bis 120 000 für seine deutschen Assistenten und einen Sachkredit in der Grössenordnung von Fr. 30 000 bis 50 000.[106] Koechlin machte noch immer persönliche Vorbehalte geltend und schlug vor, der kantonale Lotteriefonds solle zur Befriedigung von Butenandts Forderungen herangezogen werden.[107]

Am 8. November 1948 erteilte die Direktion von Hoffmann-La Roche Regierungsrat Miville telefonisch die Antwort auf sein Ersuchen vom Oktober. Das Unternehmen war zusammen mit Ciba, Sandoz und Geigy bereit, einmalig Fr. 400 000 an den Ausbau des Instituts zu bezahlen. Eine Hoffmann-La Roche nahestehende Stiftung werde während fünf Jahren jedes Jahr Fr. 120 000 an die Betriebskosten beitragen unter der Bedingung, dass Butenandt innerhalb von drei bis höchstens fünf Jahren seine deutschen Mitarbeiter durch Schweizer ersetze. Diese Forderung entsprach dem, was Miville im Oktober notiert hatte, aber die Summe blieb hinter den Erwartungen zurück, und die Zusprache war zudem an den Vorbehalt geknüpft, dass sich die Unternehmen Ciba, Sandoz, Geigy beteiligten – der Entscheid von Ciba stand aber noch aus. Das war jedoch der springende Punkt, denn Ciba schrieb am 12. November 1948 an Miville mit Kopie an Hoffmann-La Roche, das Unternehmen sei keineswegs bereit, einen Beitrag an den Umbau des Instituts zu leisten, da Bauten Sache des Staates seien, und an die Betriebskosten wolle man nur während drei Jahren Fr. 20 000 pro Jahr beitragen. Wichtig sei ferner, dass ein junger Schweizer Zugang zu den

104 Ebd., Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Fritz Hauser) an Jacques Brodbeck, Ciba, zuhanden der Basler IG, sowie an Emil Barell, Hoffmann-La Roche, 27. Januar 1938, Barell an Erziehungsdirektor Hauser, 1. Februar 1938, und weitere Korrespondenz.

105 Ergebnis der Verhandlungen von Regierungsrat Miville und dem Präsidenten der Sachverständigenkommission der Kuratel, Vischer, mit Butenandt am 13. November 1948, bekannt aus Protokoll Kuratel, 15. November 1948.

106 Ebd., 2. November 1948.

107 Ebd., 18. Mai, 24. August und 2. November 1948.

Methoden der Virusforschung der Schule Butenandt erhalte, weil Ciba unmittelbar an diesen Forschungen interessiert sei. Die Firma wandte sich ferner gegen eine einseitige Begünstigung der physiologischen Chemie, weil andere Vertreter der Naturwissenschaften dies als ungerecht auffassen würden. Vermutlich war damit Reichstein gemeint.[108] Dieses Schreiben der Ciba zerstörte die Aussicht auf eine Finanzierung von Butenandts Forderungen durch die Industrie.

Offensichtlich hatte Hoffmann-La Roche ein viel grösseres Interesse an Butenandt als Ciba. Denn das Unternehmen an der Grenzacherstrasse hatte Butenandt in seinen Anfängen seit 1927 oder 1928 unterstützt.[109] Nach einer Vortragsreise von Butenandt in der Schweiz besuchte ein Mitarbeiter der Grenzacher (d.h. der deutschen) Filiale der Firma Butenandt im Frühjahr 1945 in Tübingen und liess sich über das Schicksal des früheren Auftrags der Firma an Butenandt, das natürliche Insektizid Rotenon zu synthetisieren, informieren. Er notierte sich auch die damals aktuellen Interessengebiete des Nobelpreisträgers: Virusforschung, Eiweissimmunochemie, Krebs- und Sterineforschung.[110] Das erste Abkommen mit Butenandt nach dem Krieg unterzeichnete Hoffmann-La Roche in Grenzach am 26. Oktober 1945; Butenandt hat es in Tübingen erst am 6. März 1946 unterschrieben. Der Ingress verweist auf die «alte Zusammenarbeit zwischen dem Roche-Konzern und Prof. Butenandt», ohne diese zu präzisieren. Gegenstand dieses neuen Abkommens, das in der Quelle «Memorandum» genannt wird, war eine sogenannte «Subvention», die aus einem jährlichen Beitrag von 50 000 Reichsmark, zahlbar ab dem 1. Oktober 1945, an die

108 Die Rücksicht auf die Verbindung zu Reichstein und die Argumente von Ružička hatten bei Ciba ein besonderes Gewicht, da beide als externe wissenschaftliche Mitarbeiter vertraglich an Ciba gebunden waren, Ružička seit 1918, Reichstein respektive die ihn vertretende Haco Gesellschaft A.-G. Gümligen seit 1937. Siehe Firmenarchiv Novartis AG, Archiv Ciba AG, Agenten und Vertretungen, Schachtel 47: Rip–Rz und Schachtel 23: Gro–Ha.

109 HAR, FE 0.7-100832a, externe wissenschaftliche Experten, Prof. Ad. Butenandt 1945–1957: Butenandt an Roche, 21. August 1945. – Schieder (wie Anm. 76), S. 60, kennt einen Brief von Butenandt an dessen Eltern vom 3. November 1939, in welchem es heisst: «Auf Wunsch des Göring-Stabes habe ich noch die Rotenon-Synthese aufgenommen [...].» Butenandt hatte von Hoffmann-La Roche zu einem unbekannten Zeitpunkt Rotenon-Extrakt erhalten; er berichtete an die Firma kurz nach Kriegsende, dass er die Suche nach einer Rotenon-Synthese eingestellt habe, weil diese unter den damaligen Umständen nicht rentabel wäre (er dachte vermutlich an den Erfolg von DDT und anderen synthetischen Insektiziden). – HAR, FE.0.7-100832a, Experten (externe wissenschaftliche), Experten B-I, Butenandt Ad. Prof. 1945–1957: Bericht Dr. Wespiser, Hoffmann-La Roche Grenzach, Nr. 24361 vom 22. März 1945.

110 Ebd., Bericht Dr. Wespiser, Hoffmann-La Roche Grenzach, nach Basel, 22. März 1945.

Forschungen von Butenandt in Tübingen bestand. Das Memorandum hielt ferner fest, dass Butenandt in der wissenschaftlichen Arbeit vollkommen frei sei. Falls Ergebnisse seiner Arbeit jedoch auf pharmazeutischem Gebiet ausserhalb des Felds der Steroidhormone, der Sexuallockstoffe der Insekten und der antibiotischen Inhaltsstoffe von Pilzen von Bedeutung sein könnten, sollte er Anregungen an Hoffmann-La Roche weitergeben. Hoffmann-La Roche konnte seinerseits Butenandt Anregung geben, welchen Fragen er in seinem Institut nachgehen sollte.

Vereinbart wurde ein fortlaufender Gedankenaustausch. Hoffmann-La Roche informierte Butenandt über die neue wissenschaftliche Literatur, lieferte weitere Literatur nach dessen Wunsch, während Butenandt quartalsweise über seine Forschungen an Hoffmann-La Roche Bericht erstattete. Sollten sich patentierbare Erkenntnisse ergeben, würde die Anmeldung durch Butenandt und das Patentbüro von Hoffmann-La Roche gemeinsam vorbereitet. Gegen Abschluss eines Lizenzvertrags könnte Roche die Verwertungsrechte eines solchen Patentes in der ganzen Welt bis zu einem Jahr nach der Anmeldung erwerben.[111] Roche war also bereits seit Ende 1945 durch einen Kooperationsvertrag an Butenandt gebunden. Das «Memorandum» sollte auf zwei Jahre gelten, mit automatischer Verlängerung.

Im Verlauf des Jahres 1946 berichtete Butenandt vertragsgemäss an Hoffmann-La Roche Grenzach über seine laufenden Arbeiten. Am 7. März 1947 fand eine weitere Besprechung in Basel statt. Bei der Einreise kam es zu einer Verzögerung, weil dem Schweizer Zoll angeblich keine vollständigen Unterlagen vorlagen. Bei der Rückkehr nach Grenzach wurde Butenandt verhört und während sechs Stunden festgehalten. Ursache war der Umstand, dass er auf einer amerikanischen Fahndungsliste stand.[112] Ein nächstes Treffen in Basel fand am 2. März 1948 statt.[113] Vom 13. bis zum 16. Juli 1948 hielt sich Butenandt erneut in der Stadt auf, weil er von Geigy zur Besichtigung der Abteilung Schädlingsbekämpfung eingeladen worden war. Dabei traf er sich am 15. Juli 1948 auch mit Dr. Rudolf Vetter (1890–1967) von Hoffmann-La Roche.[114]

1948 stand einerseits die Verlängerung des Memorandums an, andererseits waren die Berufungsverhandlungen in Basel zu führen.

111 Ebd., Memorandum, Abschrift für Dr. Vetter, gezeichnet Hellmich.

112 Ebd., Aktennotiz Besprechung vom 7. März 1947 in Basel.

113 Ebd., Aktennotiz Besprechung mit Butenandt vom 2. März 1948 in Basel.

114 Ebd., Butenandt an Dr. Vetter, Roche, 5. Juli 1948; Aktennotiz Besprechung Butenandt mit Dr. Vetter vom 15. Juli 1948, Kopie z.K. an E. Barell.

Am 18. Oktober 1948 besprach sich deshalb eine Delegation von Hoffmann-La Roche mit Butenandt in Basel. Der Gast erwähnte sogenannte «moralische Widerstände», die in Deutschland gegen seine mögliche Berufung nach Basel festzustellen seien: Es sei unpatriotisch, heisse es, sich als Deutscher in der damaligen Notlage in die Schweiz berufen zu lassen. Butenandt wünschte dabei auffälligerweise, dass trotz laufender Basler Berufungsverhandlungen die Firma Hoffmann-La Roche weiterhin Beiträge an sein Tübinger Institut zahlen solle. Seitens der Firma war man aber entschlossen, eine Neuauflage des Memorandums von 1945/46 erst dann zu diskutieren, wenn die Berufungsfrage geklärt sei. Insbesondere beabsichtigte man, die Zahlungen an ein Bauprojekt in Tübingen zu stoppen, weil Hoffmann-La Roche nicht sowohl diesen Betrag für Tübingen als auch einen Beitrag an die Fr. 600 000 leisten wollte, die für den Institutsausbau in Basel benötigt würden. Während also Hoffmann-La Roche noch brereit war, die Berufung Butenandts nach Basel mit einem Beitrag zu unterstützen, beabsichtigte dieser offensichtlich, sich die Option auf einen Verbleib in Tübingen weit offen zu halten.[115]

Der Verlauf der Berufungsverhandlungen mit Butenandt entsprach der bekannten Konstellation, dass ein Professor einen Ruf «nach Auswärts» dazu verwendet, seinen Marktwert gegenüber seiner bisherigen Universität (und im Falle Butenandts auch gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft respektive der Max-Planck-Gesellschaft) zur Geltung zu bringen und sich für ein Verbleiben am bisherigen Ort zu entscheiden, sobald ihm hinreichende Konzessionen gemacht werden. Darauf wies Butenandt Adolf Vischer im Dezember 1948 hin, indem er ihm mitteilte, man unternehme in Deutschland «alles», um ihn dort zu halten.[116]

Die offizielle Absage vom 11. Januar 1949 kam dann nicht mehr unbedingt überraschend. Butenandt hatte parallel zu den Basler Verhandlungen in Deutschland Bleibeverhandlungen geführt, aber nicht nur unter Einbezug deutscher Unternehmen im engeren Sinne: Unter den Kräften, die ihm durch attraktive Konditionen den Verbleib in seinem Heimatland erleichterten, befand sich neben den deutschen Firmen Schering und Bayer (als Nachfolgerin der IG Farben) auch das Basler Unternehmen Hoffmann-La Roche – offiziell

115 Ebd., Aktennotiz Besprechung mit Butenandt vom 18. Oktober 1948 in Basel mit Dr. Vetter; ebd.: Aktennotiz Besprechung Butenandt mit Prof. Patat und Dr. Vetter, Basel 18. Oktober 1948.

116 Protokoll Kuratel, 21. Dezember 1948.

repräsentiert durch seine deutsche Tochter in Grenzach, die aber auf Basler Weisung hin handelte.[117] Wir haben oben gesehen, dass durch den Entscheid von Ciba die Finanzierung des Lehrstuhls Butenandt in Basel in der geplanten Form am 12. November 1948 gescheitert war und eine Annahme des Rufes nicht mehr in Aussicht stand – eine Interpretation, die ein Direktionsmitglied von Hoffmann-La Roche (vermutlich Dr. Vetter) der Direktion von Ciba 10 Tage danach mitteilte: «Herr Prof. Butenandt wird, wie ich vorläufig inoffiziell gehört habe, wahrscheinlich auf den Lehrstuhl in Basel verzichten.»[118] Gleichzeitig war nun die Rede von einem «Dreierabkommen» zwischen Schering, Bayer und Hoffmann-La Roche (formell handelte dabei stets die Grenzacher Filiale). Bereits am 16. November 1948 berichtete Waldemar Hellmich, Leiter von Hoffmann-La Roche Grenzach, Butenandt mit Kopie an die Basler Hauptfirma:

> «Wir sind bereit, mit der Schering AG und der IG [gemeint war noch die deutsche IG Farben, vertreten durch den früheren IG-Farben-Forschungsleiter Heinrich Hörlein (1882–1954)] oder auch nur mit der IG 150 000 Deutsche Mark zu gleichen Teilen aufzubringen unter der Voraussetzung, dass das Schering-Reservat wegfällt und wir die Verwertungsrechte an unser Stammhaus zur freien Verfügung weitergeben dürfen.»[119]

Nach kurzen Verhandlungen konnte Hoffmann-La Roche Grenzach Butenandt am 31. Januar 1949 melden, dass das Abkommen rückwirkend auf den 1. Januar 1949 abgeschlossen werde.[120] So hatte Hoffmann-La Roche das «Dreierabkommen» mit Butenandt, Schering und Bayer (als Nachfolgerin der IG Farben) schon vor der offiziellen Absage Butenandts an Miville ausgehandelt. Hoffmann-La Roche unterstützte ihn danach bis 1972 im Rahmen dieses Abkommens.[121]

Das Basler industrielle Interesse an Butenandt war somit nicht notwendig mit einer Professur an der Basler Universität gekoppelt.

117 Protokoll Regierungsrat, 18. Januar 1949. Über den Beitrag der Industrie zu Butenandts Verbleib in Tübingen auch Reinhardt (wie Anm. 1), S. 188.

118 HAR, FE 0.7-100832a, externe wissenschaftliche Experten, Prof. Ad. Butenandt 1945–1957: Ungenannt (Dr. Vetter?) an Dr. Hartmann, Ciba, 22. November 1948, Kopie.

119 Ebd., Hellmich Roche Grenzach an Butenandt, 16. November 1948, Kopie an Basler Stammhaus.

120 Ebd., Hellmich Roche Grenzach an Butenandt, 31. Januar 1949.

121 HAR, RE.0.4-106129 a, b, c, d, e: Dreier-Vertrag Bayer, Schering, Roche (Butenandt ist 1972 aus dem Abkommen mit den drei Firmen «ausgetreten», dabei wurde das Abkommen der Firmen beendet).

Wichtiger war offensichtlich ein Kooperationsvertrag, der sich auch grenzüberschreitend und in einem überlokalen Zusammengehen von Firmen realisieren liess. Man erkennt bei dieser Gelegenheit die Ungleichheit der Partner im Basler Dreieck von Staat, Industrie und Wissenschaft: Während die Basler Regierung an der Entwicklung der eigenen Universität interessiert war und deshalb darauf hinarbeitete, die Basler Unternehmen in eine informelle Mitträgerschaft der betreffenden Institute einzubinden, hatte die Industrie einen viel weiteren Horizont. Nicht nur hatten für sie seit langem Kooperationen mit Instituten an der Universität Zürich und der ETH Zürich eine grosse Bedeutung, sie konnte jederzeit auch mit Lehrstühlen ausserhalb der Schweiz zusammenarbeiten.

Butenandt neben Reichstein?

Nachdem wir das Interesse der Industrie diskutiert haben, wenden wir uns nun der Frage zu, ob Butenandt aufgrund seines damaligen wissenschaftlichen Profils überhaupt in die Basler Position gepasst hätte, die doch zu einem nicht geringen Teil im Abhalten von elementaren Lehrveranstaltungen für angehende Mediziner und in der Führung des Schweizerischen Vitamin-Instituts – für welches sich die Fakultät eigentlich nur einen Schweizer vorstellen konnte – bestand. Zu dieser Frage gab einer der führenden Schweizer Naturstoffchemiker, der Nobelpreisträger Leopold Ružička gegenüber Regierungsrat Miville eine klar negative Stellungnahme ab, die zwar in der Basler Diskussion kurz gestreift, aber inhaltlich nicht zur Kenntnis genommen wurde.[122]

Ružička wies korrekt darauf hin, dass der vakante Lehrstuhl für das wissenschaftliche Format eines Butenandt zu klein sei. Ihn auszubauen, hätte grosse Anstrengungen vorausgesetzt, die sich Basel nach seiner wohl zutreffenden Einschätzung nicht für mehrere Lehrstühle zugleich leisten konnte. Hätten also Universität, Regierung und Industrie in Basel ein der Bedeutung Butenandts entsprechendes Forschungszentrum für Biochemie einrichten wollen, wäre es vermutlich nicht möglich gewesen, ähnliche Anstrengungen auch für andere Kräfte zu unternehmen. Ružička verwies dabei geschickt auf die Position von Tadeus Reichstein. So mutig es 1938 gewesen war, mit Reichstein einen Juden auf den

122 Der Inhalt des Schreibens wird in Protokoll Erziehungsrat, 16. August 1948, referiert. Siehe auch oben, Anm. 86.

Basler Lehrstuhl für Pharmazie zu berufen,[123] so sehr war nach 1945 klar, dass Reichstein an der Universität ein grösseres, seiner wissenschaftlichen Leistung gemässeres Umfeld brauchte. Wie wir bereits gesehen haben, erhielt Reichstein, der 1950 mit dem Nobelpreis geehrt wurde, ein neues, eigens für die organische Chemie in den Jahren von 1948 bis 1952 errichtetes Institutsgebäude – natürlich unter starker Beteiligung der chemischen Industrie, die an seinen Forschungen seit den frühen 1930er Jahren lebhaft interessiert war und blieb. So konnte Ružička mit Recht darauf hinweisen, dass ein Ausbau der Biochemie für Butenandt doch sehr wahrscheinlich ein Ende der Ausbaupläne für Reichstein bedeutet hätte. Ružička hatte auch versucht, Miville begreiflich zu machen, dass Butenandt fachlich weitgehend dasselbe leisten würde, was in Basel schon Reichstein anbot – dessen Venia legendi bis 1938 an der ETH übrigens «spezielle organische und *physiologische* Chemie» gelautet hatte.

Darüber hinaus wurde in der Kuratel auf einen weiteren schwachen Punkt der Kandidatur Butenandts in wissenschaftlicher Hinsicht aufmerksam gemacht. In der allgemeinen Begeisterung für die Chance, einen Nobelpreisträger nach Basel zu holen, wurde übersehen, dass der Butenandt von 1947/48 nicht mehr einfach an der Aufklärung der Chemie physiologisch relevanter Substanzen wie der Hormone interessiert war. Sein Nachkriegsinteressenprofil stimmte somit kaum mehr mit demjenigen des vakanten Lehrstuhls überein, geschweige denn mit der Aufgabe der Leitung des Vitamin-Instituts, wie Hartmann Koechlin richtig zu bedenken gab.[124] Es machte offensichtlich wenig Sinn, wenn die Medizinische Fakultät mit Butenandt die Tätigkeit von Reichstein in der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zu konkurrenzieren begann – oder sollte der «Arier» Butenandt den Juden Reichstein verdrängen?

Der Weg zur Lösung

Letztlich spielte Butenandt auch eine wichtige Rolle, als der Mann ins Auge gefasst wurde, der am Ende die Basler Professur für physiologische Chemie erhielt – Karl Bernhard (1904–1993) aus Zürich. Bernhard tauchte bereits in der ersten Umschau der Basler Medizinischen Fakultät auf, als sie 1946 geeignete Schwei-

123 Bächi (wie Anm. 100), S. 100.
124 Protokoll Kuratel, 18. März 1948.

zer suchte und erklärte, nur Franz Leuthardt komme in Frage. Er wurde 1932 Assistent von Flaschenträger, 1938 habilitierte er sich und wurde im gleichen Jahr zum Oberassistenten befördert. 1944 erhielt er den Professorentitel. Als er im Basler Berufungsverfahren erwähnt wurde, versah er die Vakanz am Zürcher Universitätsinstitut, die durch die Entlassung von Flaschenträger im Sommer 1945 entstanden war und durch den Lehrauftrag für Abderhalden beendet wurde.[125]

Nachdem Felix Haurowitz im Oktober 1948 abgesagt hatte und Butenandt dem Ruf der Basler Regierung nicht gefolgt war, befasste sich die Fakultät erst am 30. Mai 1949 mit der Aufstellung einer neuen Liste. Sie vollzog nun eine positive Neubeurteilung von Bernhard. Der definitive Fakultätsbericht, der unter dem Datum des 7. Juni 1949 an die Kuratel ging, unterstrich die Qualitäten Bernhards, indem er darauf verwies, dass Butenandt Bernhard schätze und ihn zweimal nach Tübingen zu Vorträgen eingeladen habe. Damit war Bernhard auch in den Augen derjenigen, die sich nur einen absolut erstrangigen Forscher vorstellen konnten, ‹geadelt›. An die Adresse derer, die in Butenandts Empfehlung keine Referenz erkennen konnten, wurde hinzugefügt, dass Bernhard auch in den USA Erfolg habe. Er sei einer der ganz wenigen Europäer gewesen, die kürzlich in Cold Spring Harbor vor den «Neuen Biologen» einen vielbeachteten Vortrag gehalten habe.[126] Auch sei er ein innovativer Experimentator mit Verständnis für klinische Fragestellungen, der aus den USA das «Tracking» chemischer Verbindungen im Organismus mittels radioaktiver Isotopen eingeführt habe. Etwas störend an dieser Argumentation war, dass an Bernhard die US-Erfahrung und die Übernahme dortiger Methoden gelobt wurde, während Zeller, der gleichfalls eine Weiterbildung in den USA genossen und sich dort Beziehungen geschaffen hatte, dafür nicht honoriert wurde.

Da Max Bächlin am 25. Januar 1949 auf Betreiben von Carl Miville in die Sachverständigenkommission der Kuratel gewählt worden war – wohl ein Versuch, den eifrigen Verfechter der Kandidatur Zellers zu neutralisieren –, musste die Fakultät nochmals gründlich gegen Zeller argumentieren. Sie erklärte nun, dieser sei

125 Universitätsarchiv Zürich, Bestand AB, 1.0059, Bernhard, Karl (1904–1993), Med./PD Nr. 108.

126 Karl Bernhard: Formation of lipids by the microorganism Phycomyces Blakesleeanus, in: Cold Spring Harbor Symposia on Quantitative Biology 13: Biological Applications of Tracer Elements (1948), S. 26–28.

in den USA gut aufgehoben. Der Kuratel, die sich mit dem neuen Fakultätsgutachten befasste, lag ein positives Gutachten des früheren Geigy-Forschungsleiters Paul Läuger vor, doch Hartmann Koechlin konnte sich erinnern, dass derselbe Läuger früher über Zeller, damals Mitarbeiter der Aligena, negativ geurteilt hatte. Der Kuratelspräsident bestätigte aufgrund einer Anfrage, die er nochmals an Butenandt gerichtet hatte, dass Bernhard tatsächlich von diesem empfohlen werde, wie die Fakultät berichtet hatte. Daraufhin bäumte sich der Erziehungsrat am 11. Juli 1949 ein letztes Mal auf und empfahl mit 4 zu 3 Stimmen erneut Zeller zur Berufung durch den Regierungsrat. Ebenfalls mit 4 zu 3 Stimmen ermächtigte der Regierungsrat am 30. September 1949 Carl Miville, Berufungsverhandlungen mit Karl Bernhard aufzunehmen, während sein Kollege Gustav Wenk immer noch für Zeller votierte. Am 17. Oktober 1949 gab der Erziehungsrat seinen Widerstand auf, und schon am 1. November 1949 beschloss der Regierungsrat, Bernhard zum Professor für physiologische Chemie an der Medizinischen Fakultät zu ernennen. Bereits am 21. November 1949 konnte der Dekan den neu eintretenden Ordinarius Bernhard der Fakultät vorstellen.[127]

Der Erfolg gab Fakultät, Kuratel und der regierungsrätlichen Mehrheit im Nachhinein recht, denn Bernhard trug nicht nur wissenschaftlich zum Ansehen des Basler Instituts bei, sondern integrierte sich auch als Mitglied der Kunstkommission und anderer Gremien gut in die Basler Gesellschaft.

Schlussfolgerungen

In der Rückschau lässt sich die Geschichte der physiologischen Chemie in Basel unter vier Aspekten analysieren:

1. Internationalität oder Beschränkung auf Schweizer Kandidaten: Es fällt auf, wie sich die Fakultät zunächst im Sinne der Helvetisierung der lokalen Wissenschaftseliten noch ganz in der Art der geistigen Landesverteidigung auf Schweizer Kandidaten beschränken wollte.[128] Es war die Kuratel, in der unter anderem Indust-

127 Protokolle der genannten Gremien vom jeweiligen Tage.

128 Vgl. Daniel Speich: ETHistory, www.ethistory.ethz.ch, Abschnitt «Helvetisierung»; Mitchell G. Ash: Internationalisierung und Entinternationalisierung der Wissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert – Thesen, in: Manfred Lechner/Dietmar Seiler (Hg.): Zeitgeschichte, 4. Österreichischer Zeitgeschichtetag, Graz 1999 (publ.), Innsbruck u.a. 2000, S. 4–12; Ralph Jessen u.a. (Hg.): Wissenschaft und Nation in der europäischen Geschichte, Frankfurt a.M. 2002.

rieinteressen[129] vertreten waren, die auf eine Würdigung möglicher internationaler Kandidaten drängte, wohl aus der richtigen Einsicht heraus, dass eine Berufung nach Basel angesichts der schwierigen Bedingungen, unter denen nach Kriegsende auch angesehene Forscher im europäischen Ausland zu leiden hatten, für diese attraktiv sein könnte. Die Fakultät folgte dieser Überlegung und legte eine Liste der damals bedeutendsten Biochemiker vor: Machebœuf, Chargaff, Haurowitz und eben Butenandt. Vor allem von den beiden letztgenannten Forschern konnte damals mit einer gewissen Berechtigung erwartet werden, dass sie zugleich im deutschen Sprachraum bleiben und ihre materielle Situation verbessern wollten.

2. Wissenschaftliche, ausserwissenschaftliche oder politische Argumente: Hier ist erstens die Diskussion innerhalb der Fakultät bemerkenswert, ob es zulässig sei, in einem Fakultätsgutachten explizite Bemerkungen über ausserwissenschaftliche Qualitäten oder – im Falle Zellers – über das Fehlen solcher anzubringen. Da die Kuratel und zweifellos auch die Fakultät eine Persönlichkeit suchten, die mit den vielfältigen Aufgaben eines Institutsleiters konstruktiv umgehen konnte, Bündnisfähigkeit demonstrieren sollte und vielfältige Kooperationen erfolgreich eingehen und pflegen musste, hätte sie an sich neben den rein wissenschaftlichen Anforderungen solche aus dem Bereich der Führung und der sozialen Kompetenz explizit in eine Art Pflichtenheft und damit in das Profil des gesuchten Professors einbeziehen können. Dabei spielte das Verhältnis zur Industrie eine grosse Rolle. Eine von einem wichtigen Unternehmen abgelehnte Persönlichkeit war kaum tragbar, wenn die Regierung für den Betrieb ihrer Universität auf Industriemittel angewiesen war. Offenbar galt es damals als nicht legitim, derartige Argumente in offiziellen Dokumenten explizit vorzutragen. So wählte man den wenig glücklichen Ausweg, den betreffenden Bewerber wissenschaftlich negativ zu qualifizieren.

Zweitens ist besonders auffällig, wie sich die Politik mit der Frage nach der Belastung Butenandts und dessen Tragbarkeit in die Beurteilung der Kandidaten einschaltete. Die Fakultät, aber auch gewisse Mitglieder der Regierung zeigten sich in dieser Hinsicht

129 In der neunköpfigen Sachverständigenkommission der Kuratel für die Nachfolge Edlbacher sassen unter anderen Prof. Arthur Stoll (1887–1971, Leiter der pharmazeutischen Abteilung von Sandoz), Dr. Markus Guggenheim (F. Hoffmann-La Roche), Dr. Hartmann Koechlin (Geigy). Vgl StABS, Universitätsarchiv X 3,5 39 Edlbacher, Siegfried (1932–1949, inkl. Nachfolge Edlbacher), Mappe Nachfolge Edlbacher 1946–1949: Kuratelskommission auf Beschluss der Kuratel vom 24. Juni 1946, den Mitgliedern mitgeteilt am 25. Juni 1946.

wenig sensibilisiert. Die Politiker, die schliesslich eine Mehrheit des Grossen Rates dazu brachten, die Regierung zu ersuchen, die Verhandlungen mit Butenandt abzubrechen, waren offensichtlich von der Idee geleitet, eine eigentliche Säuberung des öffentlichen Dienstes von Nazismus-Belasteten durchzuführen. Sie verfolgten ihr Ziel vor dem Hintergrund parteipolitischer Auseinandersetzungen zwischen Bürgerlichen und Sozialisten, aber auch zwischen Sozialdemokraten und Mitgliedern der Partei der Arbeit. Trotz dieser parteipolitischen Prägung der Hintergründe war ihre Einschätzung aber nicht abwegig, dass eine Berufung Butenandts das politische Klima der Stadt angeheizt und die Universität in die politischen Konflikte hineingezogen hätte. Insofern blieb durch die Absage Butenandts der Wissenschaft wie der Politik eine Belastungsprobe erspart.

Nun wirkten aber drittens nicht nur parteipolitische Faktoren, sondern auch solche der Beziehungen zwischen den verfassungsmässigen Institutionen. Wie wir sahen, beschloss der Grosse Rat, den Regierungsrat zu ersuchen, die Verhandlungen mit Butenandt abzubrechen. Dass die Mehrheit des Regierungsrats diese Aufforderung einfach überging, hing auch mit dem Verhältnis zwischen Parlament und Regierung zusammen. Die Exekutive, nicht die Legislative, hatte das Recht, über das Staatspersonal und damit über die Interna der staatlichen Universität zu entscheiden. Man kann also das Vorgehen der Regierung auch so deuten, dass sie damit einen versuchten Eingriff des Parlaments in die Kompetenz der Regierung abwehrte.

3. Universitätsautonomie und durch die politische Trägerschaft der Universität entschiedene Berufungsverfahren: Der Regierungsrat oder wenigstens der Vorsteher des Erziehungsdepartements verstand sich auch als Schirmherr der Freiheit der Wissenschaft gegenüber der ‹Parteipolitik›, die das Handeln des Grossen Rates und zum Teil des Erziehungsrates bestimmte. Tatsächlich bestand in der damaligen, im Universitätsgesetz von 1937 festgelegten Wissenschaftsverfassung der Sinn der Bestimmungen, die der Regierung das letzte Wort bei der Ernennung von Professoren einräumte, auch darin, die Universität vor der Politisierung zu schützen. Dieser ‹Schutz der Interessen der Universität› wurde von Regierungsrat Carl Miville gegen die Auffassungen seiner eigenen Parteifreunde anscheinend so verstanden, dass die Universität aus Gründen der Forschungsfinanzierung, der Beschaffung der erforderlichen Betriebs- und Personalmittel, aber auch der Funktionserfüllung der Hochschullehre und -forschung gegenüber den forschungsbasierten chemischen und pharmazeutischen Unternehmen in einem positiven Verhältnis zur Industrie stehen müsse.

4. Grenzen der Möglichkeiten einer kantonalen Universität in der Schweiz, am internationalen Markt der Berufungen mitzuhalten, und das Dreieck Staat-Industrie-Universität: Man sollte berücksichtigen, dass auch die von der Eidgenossenschaft getragene Technische Hochschule (ETH) in Zürich ihren im Vergleich zu den meisten kantonalen Universitäten bedeutend grösseren Forschungsbetrieb vor allem deshalb aufrechterhalten und noch erweitern konnte, weil sie in ihrem Wesenskern auf einer Kooperation zwischen dem Bundesstaat als dem Träger, den Professoren als den Triebkräften der Erarbeitung neuen Wissens und der Industrie als Sponsorin der Forschung und Abnehmerin von Wissen und Absolventen beruhte. Dadurch wirkte die ETH in mancher Hinsicht als Schlüsselfaktor der Innovation, gerade auch im Bereich der chemisch-pharmazeutischen Branche.[130] An den kantonalen Universitäten, für die die «Freiheit der Wissenschaft» einen höheren Stellenwert hatte als an der ETH, die der anwendungsbezogenen «Technik» gewidmet war, mussten solche Koalitionen jeweils von Fall zu Fall für einzelne Institute oder Lehrstühle hergestellt werden. Ob die Industrie wirklich eine dem Renommee Adolf Butenandts würdige Forschung in Basel finanziert hätte, können wir nicht wissen, da es nicht zur Berufung gekommen ist. In anderen Fällen war sie zu Ähnlichem bereit, doch betrafen diese eher die Philosophisch-Naturwissenschaftliche und weniger die Medizinische Fakultät; man denke an das Institut für organische Chemie für Tadeus Reichstein und das farbenchemische Institut für Robert Wizinger. Das Biozentrum[131] wurde erst zwei Jahrzehnte später konzipiert, wobei sich der staatliche Hochschulträger wohl ein noch weitergehendes Engagement der Industrie erhofft hatte. Zwar achtete die Industrie meist darauf, dass der Beitrag, den sie als Branche leistete, in bestimmten Grenzen blieb, aber man darf darob nicht vergessen, dass einzelne Unternehmen daneben ‹bilateral› mit einzelnen Lehrstühlen Kooperationen eingingen.

Zusammenfassend ergibt sich aus der Diskussion dieser vier Aspekte, dass die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik interessante Analysefelder für die Wissenschaftsgeschichte sind. Konflikte eröffnen Einblicke in das Funktionieren solcher Schnittstellen, indem sie Informationen über Zusammenhänge generieren, die sonst als selbstverständliche Gegebenheiten ungesagt und

130 David Gugerli/Patrick Kupper/Daniel Speich: Die Zukunftsmaschine. Konjunkturen der ETH Zürich 1855–2005, Zürich 2005, S. 190ff. und S. 200f.

131 Niklaus Stettler: Natur erforschen. Perspektiven einer Kulturgeschichte der Biowissenschaften an Schweizer Universitäten 1945–1975, Zürich 2002, S. 182ff.

vor allem ungeschrieben bleiben. Dabei geht es im vorliegenden Beispiel nicht um die inzwischen klassisch gewordene Frage nach den Beratungsfunktionen der Wissenschaft für die Politik, nach der Verwissenschaftlichung der Politik oder der Politisierung der Wissenschaften,[132] sondern nach der Bedeutung der beiden Welten füreinander. Die Schnittstellen lagen, wie wir gesehen haben, teils in den Personen selbst – ein Adolf Butenandt, aber auch ein Albert Zeller waren sowohl wissenschaftliche als auch politische Subjekte. Teils lagen die Schnittstellen aber auch innerhalb der Institutionen selbst: In der Fakultät gab es ausserwissenschaftliche Erwägungen, in der Politik suchte man Klarheit darüber, wer nach rein wissenschaftlichen Kriterien der bessere Bewerber sei, und zweifelte vorübergehend daran, dass die Wissenschaftler andere Wissenschaftler korrekt nach wissenschaftlichen Kriterien beurteilen. Der Grosse Rat versuchte letztlich mit seinem Beschluss, der Regierungsrat solle die Verhandlungen mit Butenandt abbrechen, vergeblich, sich in die der Exekutiven und deren Beratungsorganen vorbehaltene Wissenschaftspolitik einzumischen. Dabei gerierte sich allerdings der Regierungsrat auch als Schirmherr der Wissenschaft, was eine der Erklärungen dafür sein kann, dass ein Mitglied der Partei der Arbeit als Vorsteher des Erziehungsdepartements gegen seine Parteifreunde in Erziehungsrat und Parlament ausgerechnet für Butenandt eintrat. Wissenschaft und Politik haben wir aber in einem Dreieck mit der Industrie konzipiert. In diesem Fall erwies sich der Staat als Motor im Funktionieren des Dreiecks, das ihn mit Industrie und Wissenschaft verband.[133] Die Abläufe waren aber von einer schwer entwirrbaren Gemengelage von Argumentationsebenen, Solidaritäten und Feindschaften gekennzeichnet: Politik gegen reine Wissenschaft, Schweizer gegen Ausländer, Nachwuchs gegen Nobelpreisträger, Abstinenzler und Antikapitalisten gegen Industrieinteressen. Eine Feinanalyse würde weitere Bruchlinien sichtbar werden lassen. Diese hingen zum Beispiel mit den Rissen innerhalb der Linken, aber auch den Rivalitäten zwischen den Basler chemisch-pharmazeutischen Unternehmen untereinander zusammen. Ferner

132 Sheila Jasanoff: The fifth branch. Science advisers as policymakers, 2nd print, Cambridge, Mass. 1994; Peter Weingart: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaften zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001.

133 Dr. Hartmann Koechlin (Geigy) unterstrich in einem Votum in der Kuratel, dass die chemische Industrie «auf Veranlassung des Regierungsrates» Besprechungen über die Finanzierung der Anforderungen Butenandts aufgenommen habe, Protokoll Kuratel, 2. November 1948.

resultierten sie aus Konflikten innerhalb einzelner Firmen, wie sie im Vorfeld der Verleihung des Nobelpreises an den Geigy-Chemiker Paul Müller im Jahre 1948 fassbar wurden.[134] Risse folgten aber auch aus Spannungen innerhalb der Wissenschaft. Beispiele dafür haben wir in der Medizinischen Fakultät zwischen den Professoren Demole, Roulet und Rothlin angetroffen.[135]

Der Historiker kann ferner nicht umhin, den Faktor Zeit zu würdigen: Während 1946 die Hoffnung, aus dem situativen Gefälle zwischen der vom Krieg verschonten Schweiz und der Lage in andern Teilen Europas wissenschaftspolitisches Kapital zu schlagen, vielleicht noch realistisch gewesen war, verlor sie im Verlauf des langwierigen Verfahrens immer mehr an Berechtigung, bis schliesslich nicht nur die Attraktivität Nordamerikas durchschlug, sondern auch das Nachkriegsdeutschland wieder interessantere Perspektiven für die Forschung zu bieten begann.

Prof. Dr. Christian Simon
Historisches Seminar
Universität Basel
Hirschgässlein 21
4051 Basel

134 Simon (wie Anm. 28).
135 Siehe oben, Anm. 59.